

*Johannes Magel***EDITORIAL**

Mit dem 20. und dem 21. Parteitag hat die DKP sich entschieden, ihre Existenzkrise, die sie nach der strategischen Niederlage der Jahre 1989/90 wie alle Parteien der kommunistischen Weltbewegung notwendigerweise durchlaufen musste, zu beenden. Sie hat sich entschieden, sich nicht in eine linkssozialdemokratische Partei zu verwandeln. Die rechte Parteiopposition war nicht in der Lage, das zu verhindern. Allerdings kostet die anhaltende Auseinandersetzung über diese Frage die Partei viel Kraft. Johannes Magel diskutiert die Optionen, wie es mit dem Richtungsstreit in der Partei weitergehen kann.

Im Vorfeld der Berliner Friedensdemonstration vom 8. Oktober entwickelte sich eine erhellende Kontroverse über den Krieg in Syrien. Wir meinen, dass es notwendig ist, die Ursachen dieses Krieges zu begreifen und die Kriegstreiber zu benennen. Zum Thema „Äquidistanz im Syrienkrieg?“ dokumentieren wir in Auszügen eine Erklärung des Vorbereitungskreises der Demonstration, ebenfalls in Auszügen eine Erklärung des Sekretariats des Parteivorstands der DKP und eine leicht gekürzte Zuschrift von Joachim Guilliard an den Vorbereitungskreis der Demonstration.

Im Schwerpunkt dieses Heftes geht es um die aktuellen Herausforderungen, denen wir in Betrieb und Gewerkschaft gegenüberstehen. Der erfahrene Gewerkschafter Rainer Per-

schewski stellt sich den Fragen, die durch die Digitalisierung auch im Dienstleistungsbereich anstehen. Er schreibt: „Wir stehen wahrscheinlich vor dem größten Umbruch und nicht nur vor Verschiebungen in der sektoralen Wirtschaftsstruktur dieser Gesellschaft, sondern auch vor der weiteren Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem Arbeitsleben und einer ‚Prekarisierung‘ qualifizierter Facharbeiter. Damit wird deutlich, dass die Frage der Umverteilung von Arbeit – also Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich – immer mehr in den Vordergrund drängt und hier insbesondere die Gewerkschaften zur Umsetzung gefragt sind.“

Diese Umbrüche enthalten die Tendenz, die allgemeine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken, die vom Klassegegner bewusst genutzten „Spaltpilze“ unter den Beschäftigten selbst, auch in unseren Gewerkschaften. Heide Humburg untersucht, mit welchen Einstellungen wir es zu tun haben und stellt dagegen Möglichkeiten zur Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen innerhalb der Klasse als den ersten Schritt, um aus einer Klasse an sich zur Klasse für sich zu werden.

Bernd Blummel argumentiert, dass gewerkschaftliche „Interessenvertretung“ auf Basis von „Sozialpartnerschaft“ und „Standortpolitik“ diesen Namen nicht verdient, weil sie die

Konkurrenz in der Klasse vertieft. Er zeigt auf, dass gewerkschaftliche Vertrauensleute Basis einer klassenbewussten Interessenvertretung werden können.

Die Debatte um die Anforderungen an die antifaschistische Politik der DKP führt Kurt Baumann weiter: Kommunisten wissen, dass Antifaschismus Klassenkampf – unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus – eben antimonopolistischer Kampf ist, ohne von jedem Antifaschisten ein Bekenntnis zum Klassenkampf abzufordern. Sie sind aber gefordert, ihre Strategie und Taktik auf diesem Wissen aufzubauen. In einigen Beiträgen, vor allem im Rahmen der Debatte um „Aufstehen gegen Rassismus“, scheint diese Erkenntnis – aus denen unsere antifaschistische Politik entwickelt wurde – wieder verloren gegangen zu sein.

Auch im Beitrag von Björn Schmidt geht es um Bündnispolitik. Er nimmt in seinem Beitrag den roten Faden auf in unserer Reihe zur Entwicklung der DKP in der politischen Praxis. Diesmal geht es um die Erfahrungen der Partei in Niedersachsen. Die DKP ist mit einer Wahlliste in Hannover zur Kommunalwahl angetreten. Berichtet wird, wie es zu dem Entschluss kam, wie er umgesetzt wurde und ob es sich gelohnt hat.



Johannes Magel

SO ODER SO

WIE WEITER IM RICHTUNGSSTREIT IN DER DKP?

Mit dem 20. und 21. Parteitag hat die DKP sich entschieden, ihre Existenzkrise, die sie nach der strategischen Niederlage der Jahre 1989/90 wie alle Parteien der kommunistischen Weltbewegung notwendigerweise durchlaufen musste, zu beenden. Sie hat entschieden, sich nicht in eine linkssozialdemokratische Partei zu verwandeln. Sie hat sich entschieden, den Versuch zu unternehmen in Deutschland, das sozusagen in die *Premier League* der imperialistischen Staaten aufgestiegen ist, für die kommunistische Position einen Platz zurückzuerobern. Damit hat sie sich vorgenommen, auf die aktuellen Krisen Antworten zu geben, die die arbeitende Klasse dieses Landes verstehen und sich zu eigen machen kann und zugleich die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen als strategische Perspektive programmatisch zu verfechten.

Eine revisionistische Fraktion

Patrik Köbele hat in seinem Referat auf der 5. Tagung des Parteivorstands festgehalten, dass die DKP nach dem 21. Parteitag eine gewachsenen Aktionstätigkeit verzeichnen kann, dass sie auf zentralen Politikfeldern, so im Friedenskampf und im antifaschistischen Kampf, stärker aktiv ist und an Ausstrahlung gewonnen hat. (vgl. [1])

Diesem bescheidenen, aber belegbar richtigen Resümee steht die organisierte Tätigkeit der revisionistischen Parteiopposition – wir nennen sie nachfolgend der Kürze halber die *Netzwerkfraktion* – entgegen. Im Referat und in der Beschlussfassung der genannten Tagung des Parteivorstands sind die Aktivitäten des sog. *Netzwerks kommunistische Politik* sehr umfangreich und detailgenau festgehalten. Hier ist belegt, dass Leo Mayer

und seine MitstreiterInnen ihren Worten haben Taten folgen lassen. Hatte Mayer nach dem 20. Parteitag für sich konstatiert, dass sich die Diskussion mit der Mehrheitsposition in der KP nicht mehr lohne, ist die Netzwerkfraktion nun dazu übergegangen, die Beschlüsse des 21. Parteitags praktisch und organisiert zu bekämpfen.

In der Frage der Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen zeigt die Netzwerkfraktion exemplarisch ihre taktische Beweglichkeit. Nachdem die offensiv-provokatorische Linie des Bezirksvorstands Südbayern – die Realisierung des Parteitagsbeschlusses offen per Beschlussfassung zu sabotieren – gescheitert ist, übt man sich nun in ostentativem Nichtstun: „Dennoch halten wir nach wie vor den Beschluss zur Eigenkandidatur der DKP bei den Bundestagswahlen für falsch und werden uns für seine Umsetzung nicht engagieren“ [2]. Der bisherige Verlauf der Aufstellung von Landeslisten zeigt, dass die DKP ihre beschlossene Politik aktiv umsetzt. Die Netzwerkfraktion ist nicht in der Lage, das zu verhindern. Allerdings kostet die anhaltende Auseinandersetzung über diese Frage die Partei viel Kraft, die für die Vorbereitung einer Wahlkampagne, die die aktuelle Politik der Partei nach außen trägt, an anderer Stelle dringend benötigt wird.

Die 5. Tagung des Parteivorstands der DKP

Patrik Köbele hat bezüglich der Beurteilung der Netzwerkfraktion klare Worte gefunden: „Wenn ich das alles zusammenfasse, dann komme ich zu folgendem Fazit: Der offene Brief dokumentiert in jeder Hinsicht, dass es sich beim ‚Netzwerk kommunistische Politik‘ um die Bildung einer Fraktion in der Partei handelt. Das

mögen die UnterzeichnerInnen individuell nicht wollen, ändert aber am Fakt nichts“ [3]. Ausgehend von dieser Tagung des Parteivorstands ist die gesamte Organisation aufgerufen, sich darüber klar zu werden, wie sie mit der Zuspitzung der Situation umgehen will und wie sie auf die offen praktizierte Missachtung der Organisationsgrundsätze der kommunistischen Partei durch Leo Mayer u. a. reagieren will. Angesichts der Konsequenzen, die zu erwägen sind, wird diese Diskussion vermutlich länger brauchen als veranschlagt.

Wohlerwogen: Wie kann es weitergehen?

Die DKP wird bis zum nächsten Parteitag den durchaus streitbar geführten und produktiven Prozess ideologischer Klärung weiterführen. Im Zentrum steht dabei die Frage der antimonopolistischen Strategie. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Strategiefrage hat das Potenzial, einen Prozess ideologischer Klärung einzuleiten – bis hin zur Frage nach der Rolle und Aufgabe der DKP – und damit für eine neue Stabilität als marxistisch-leninistische Partei zu sorgen. Ihre Vorbedingung ist allerdings die konkrete Analyse des gegenwärtigen imperialistischen Weltsystems und besonders der EU sowie der Rolle und Bedeutung des deutschen Imperialismus. Ohne eine solche Analyse – zu der u. a. auch mit Blick auf die richtige Bündnispolitik eine entsprechende Klassenanalyse gehört – kann die Strategiefrage nicht seriös beantwortet werden. Dies zeigt sich mitunter schon jetzt sowohl in den reformistischen als auch in den ultraradikalen Positionen innerhalb der DKP (vgl. [4]) – wobei letztere zunehmend zu einer Desorientierung in der ideologischen Auseinandersetzung mit den Revisionisten beitragen.

Zu den praktischen Fragen, die die Organisation unausweichlich klären muss, gehört die Frage, wie sie organisationspolitisch mit der Netzwerkfraktion umgehen will. Das ist eine für den weiteren Weg der Partei entscheidende, einschneidende Frage, dennoch gestatten wir uns an dieser Stelle den geläufigen Kalauer: *Der Zahn der Zeit, der schon so manche Träne getrocknet hat, wird auch über diese Wunde Gras wachsen lassen.* Dieser Satz, einerseits eine Stilblüte, enthält andererseits eine gewisse Lebensweisheit. Auf unser Problem übersetzt: Die Netzwerkfraktion ist ein Ärgernis und ein Hindernis bei der Umsetzung der Politik, aber sie ist nicht mehr in der Lage, den neuen Schwung – der sich in der Partei ausbreitet – zu bremsen. Es gibt Gründe, die Situation so zu beurteilen.

Dem steht gegenüber, dass die führenden Köpfe der Netzwerkfraktion – allesamt erfahrene Funktionärinnen und Funktionäre – durchaus in der Lage sind, der Partei eine noch Jahre andauernde destruktive und kräftezehrende Auseinandersetzung aufzunötigen. Die Fortsetzung dieser Auseinandersetzung – zumal die Netzwerkfraktion sich ja in bekennender Weise weigert, diese inhaltlich und innerhalb der Partei auszutragen – birgt das Risiko, dass der Elan des 21. Parteitags in politische Frustration umschlägt. Es handelt sich also um ein gefährliches Spiel gegen die Zeit, das – je länger es währt – zur Demoralisierung der Mehrheit beiträgt und damit nicht zuletzt weiteren Raum zur ideologischen Desorientierung der Partei bietet.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Referat Patrik Köbele in DKP-Informationen Nr. 5/2016, herausgegeben vom Parteivorstand der DKP, Seiten 4–6
- [2] Beschluss des Bezirksvorstandes der DKP Südbayern am 30.9.2016; www.dkp-suedbayern.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1399:zur-eigenkandidatur-der-dkp-bei-der-bundestagswahl-2017&catid=37:dkp-suedbayern-aktuelles
- [3] Referat Patrik Köbele in DKP-Informationen Nr. 5/2016, herausgegeben vom Parteivorstand der DKP, Seite 12
- [4] Pablo Graubner, Das Elend der Strategiedebatte, in Marxistische Blätter Nr. 6/2016



DOKUMENTATION

BESCHLÜSSE DES 21. PARTEITAGS ZUM UMGANG MIT DER PARTEIAUSEINANDERSETZUNG UND DER „NETZWERK“-FRAKTION

Anmerkung der Redaktion

Auf der 6. Parteivorstandstagung am 19./20. November wurde über den Umgang mit der sich als Fraktion formierten Parteiminderheit beraten. Wir halten es für sinnvoll, an die Beschlüsse des 21. Parteitags zu erinnern. Dort wurde mit deutlicher Mehrheit auch der ergänzende Initiativantrag beschlossen, der eine klare Beauftragung an den Parteivorstand enthält, seine Verantwortung für die Partei wahrzunehmen.

INITIATIVANTRAG DES PARTEIVORSTANDES „ANALYSIEREN, DISKUTIEREN, ENTSCHEIDEN – GEMEINSAM BESCHLÜSSE UMSETZEN!“

Nach einem breiten Diskussionsprozess in den Gliederungen der Partei, der in rund 300 Anträgen zum Leit Antrag mündete, orientiert der 21. Parteitag mit seinen Beschlüssen zum Leit Antrag und der Handlungsorientierung auf die Schwerpunkte der Arbeit in den nächsten zwei Jahren.

Innerhalb kürzester Zeit haben sich unsere Prognosen bewahrheitet: Die Bundeswehr zieht in weitere Kriege und eine massive Aufrüstung ist an-

gekündigt. Die unter Beteiligung des deutschen Imperialismus ausgelöste Fluchtbewegung wird zum Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine allgemeine Rechtsentwicklung missbraucht.

„In dieser Situation ist es notwendig, dass sich antimonopolistisches Bewusstsein verbreitet und antimilitaristische und antifaschistische Bewegungen stärker werden. Die DKP wird ihre Kraft auf diese Zielstellung

konzentrieren. Für uns sind das keine nebeneinander stehenden Felder, sondern organisch verbundene Fragen des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Angriffe der Herrschenden.“ (Leit Antrag)

Wir stellen fest, „dass wir uns auf eine steigende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen einstellen müssen. (...) Auf diese Offensive des Imperialismus mit all ihren Gefahren ist die deutsche Arbeit-



terklasse nicht vorbereitet. Es ist dem Kapital weitgehend gelungen, sie zu spalten und wichtige Teile einzubinden.“ (Handlungsorientierung)

Der erste Teil des 21. Parteitag hat die inhaltlichen Debatten der gesamten Partei verallgemeinert und auf das Eingreifen der DKP orientiert. Vor uns steht die Aufgabe, daraus eine präzisierte Strategie für die praktische Tätigkeit in den Handlungsfeldern Friedenspolitik, Antifaschismus, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der Kommunalpolitik zu erarbeiten, verbindliche Beschlüsse zu fassen und diese gemeinsam umzusetzen.

Einige Mitglieder der DKP haben im Gegensatz dazu nach dem 20. Parteitag in Form der so genannten „Marxistischen Linken“ mit dem Aufbau einer eigenen Organisation begonnen. Daneben orientieren sie jetzt auf die Bildung eines „kommunistischen Netzwerkes“ innerhalb der DKP. Akteure erklären, dass sie sich nicht mehr an den Beschlüssen der DKP abarbeiten wollen.

Das gemeinsame Handeln von Kommunistinnen und Kommunisten ist Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit und Stärke der Partei. Es gehört zur elementaren Erfahrung der kommunistischen Bewegung, dass die Bildung von Fraktionen bzw. Grup-

pen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei betrachtet werden.

Diese Beschlüsse, an denen sie sich nicht mehr abarbeiten wollen, bilden aber die Grundfeste unserer kommunistischen Politik. Hier stehen u. a. die Fragen im Vordergrund,

- wie der gegenwärtige Imperialismus zu charakterisieren ist?
- ob die Europäische Union als imperialistisches Konstrukt zu betrachten ist und damit in jeglicher Spielart einen reaktionären Charakter hat?
- welche Strategie wir zur Überwindung des Imperialismus einschlagen, v. a. in Bezug auf die Fragen, wer das revolutionäre Subjekt ist, wie reformistische Kräfte einzuschätzen sind, mit wem welche Bündnisse anzustreben sind und letztlich, ob ein revolutionärer Bruch zum Erreichen des Sozialismus nötig ist?
- welche Rolle und Aufgabe hat die kommunistische Partei? Ist sie eine fortschrittliche Partei unter vielen, oder ist sie die Avantgarde der Arbeiterklasse, die das Schaffen von Klassenbewusstsein und Klassenorganisation als ihre wesentliche Aufgabe begreift?

Der 21. Parteitag der DKP stellt dazu fest:

Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.

Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem so genannten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.

Der Parteitag der DKP fordert den Parteivorstand auf, anhand der offensichtlichen inhaltlichen Differenzen eine Diskussion in der Partei zu organisieren, die eine Positionierung zu den inhaltlichen Differenzen ermöglicht, so dass sich die Gesamtpartei eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Umgang mit diesen Positionen erarbeitet und in der Lage ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Bezirksvorstände werden aufgefordert auf Bezirksebene die Diskussion zu organisieren.



ERGÄNZENDER INITIATIVANTRAG

Der Parteitag möge ergänzend zum Initiativantrag des Parteivorstandes („Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsame Beschlüsse umsetzen!“ verschickt am 22.2.16) beschließen:

„Der Parteitag der DKP fordert den Parteivorstand auf, die Debatte noch in diesem Jahr auf einer PV-Sitzung auszuwerten. Sollte weiterhin bewusst eine Strömung in unserer Partei organisiert werden, welche sich gegen demokratisch getroffene Beschlüsse (insbesondere des Parteitages) stellt, ist der PV aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen, diesen für die Arbeit der Partei und für ihr einheitliches Handeln schädlichen Zustand zu beenden.“

Begründung des Initiativantrages:

Die im PV-Initiativantrag angesprochenen Zusammenschlüsse bilden die Plattform für eine Fraktion in unserer Partei. Im Statut definieren wir dabei als Kennzeichen: eine eigene Disziplin, eigene Strukturen und eigene politische Plattformen. Ausdruck eigener Disziplin ist die Absage an die Einhaltung von Parteivorstands- und sogar Parteitagsbeschlüssen mit der Ausrede, vorgeblich das Programm zu wahren. Außerdem das gemeinsame Agieren gegen Beschlüsse der Partei. Beispiele dafür wären die Treffen in Hannoversch Münden, deren Ergebnisse nicht zur Diskussion gestellt wurden, sondern nur verlautbart wurden. Damit, als auch mit dem Verein „Marxistische Linke e. V.“, werden eigene Strukturen geschaffen, welche für die Parteiöffentlichkeit nicht transparent sind. Dazu kommt eine eigene Bündnispolitik, sogar auf internationaler Ebene. So hat die „Marxistische Linke e. V.“ sich eigenständig an Treffen u. a. in Mexiko und Kuba beteiligt. Mit der geklauten Homepage kommunisten.de gibt es für diesen Verein auch eine öffentliche politische Plattform. Im Januar organisierte der Verein in Berlin zum zweiten Mal eine Gegenveranstaltung zur vom PV beschlossenen LLL-Veranstaltung.

Wir haben mit dem vergangenen Pressefest und dem EU-Wahlkampf bewiesen, dass wir als Gesamtpartei schlagkräftig in die Öffentlichkeit gehen können. Daran müssen wir weiterarbeiten. Nicht vergessen dürfen wir dabei, unter welchen Bedingungen Genossinnen und Genossen in bestimmten Bezirken Parteiarbeit machen müssen. Ohne die Unterstützung in der eigenen Partei, für die, die für die Umsetzung der Beschlüsse und für die Stärkung der DKP eintreten, ist diese Arbeit nicht zu leisten. Diese Unterstützung darf sich nicht in Nichtbeachtung der Zusammenschlüsse erschöpfen.

Zu dieser Unterstützung gehört ein deutliches Signal unseres Parteitages, welches klar macht, dass wir alle Genossinnen und Genossen stärken wollen, die an der Stärkung unserer Partei mitwirken. Und dazu gehört eben auch klar zu sagen, dass wir nicht mehr hinnehmen wollen, wenn Mitglieder unserer Partei unser Organisationsprinzip und die demokratische Debatte in der Partei bewusst und organisiert unterlaufen und so eine gemeinsame Politikentwicklung behindern.

Auf der letzten Kreisdelegiertenkonferenz in München wurde das Münchner DKP-Betriebsaktiv aufgefordert die Münchner Kreisorganisation zu verlassen. Es wurde beschlossen, das SDAJ-Pfingstcamp nicht zu unterstützen und den antifaschistischen Kräften in der Ukraine wurde jegliche Solidarität entzogen. Im Referat des Kreisvorstandes heißt es: „Wir können den Konflikt und die innerparteiliche Auseinandersetzung eskalieren und uns mit uns selbst beschäftigen – das würde die DKP München in die totale gesellschaftliche Nutzlosigkeit führen. Oder wir trennen uns hier in München. Ich denke, dass es von Seiten des Kreisvorstandes und der Kreisorganisation keine Einwände geben würde, wenn das ‚Betriebsaktiv‘ beim Bezirksvorstand beantragen würde, künftig als kreisfreie Gruppe zu arbeiten. Oder wir finden einen Modus vivendi: Wir machen unsere Politik, ohne vom ‚Betriebsaktiv‘ gestört zu werden – und das ‚Betriebsaktiv‘ macht seine Po-

litik; jeder kann seine Politik entwickeln ohne gegenseitige Behinderung und Provokationen. Das Problem: wir akzeptieren Parallelstrukturen, und die Frage: Wie vermeiden wir, in der Öffentlichkeit mit der Politik des Parteivorstandes und des ‚Betriebsaktivs‘ identifiziert zu werden? Wir haben das gleiche Logo, die gleichen Fahnen.“ (...) [Anm.: Mittlerweile gibt es eigene DKP-München-Fahnen]

Dieses Vorgehen wäre ein offener Bruch mit unserem Organisationsprinzip. Ein einfaches Nebeneinander unterschiedlicher DKP-Strukturen würde auch bedeuten, dass wir uns von dem Standpunkt verabschieden, dass diese Welt erkennbar ist. Wir würden uns davon verabschieden, dass wir uns als Partei gültige Positionen erarbeiten können, die wir dann gemeinsam vertreten. Und zwar gemeinsam auch dann, wenn die Diskussion über unterschiedliche Einschätzungen in der Partei weiter geführt wird. Nur so kann der Streit auf solidarischer Grundlage und im Interesse der Stärkung der DKP als „Deutsche Kommunistische Partei“ stattfinden.



„ÄQUIDISTANZ“ IM SYRIENKRIEG?

Die bundesweite Friedensdemonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin gibt mit 8000 Teilnehmern Anlass zu der Hoffnung, dass die Friedensbewegung in Deutschland aus ihrem Dornröschenschlaf aufwachen wird. Im Vorfeld dieser Demonstration entwickelte sich eine erhellende Kontroverse über den Krieg in Syrien. Wir meinen, dass es ausgehend von der Empörung über das nicht enden wollende Morden und Zerstören notwendig ist, die Ursachen dieses Krieges zu begreifen und die Kriegstreiber zu benennen.

Wir dokumentieren nachfolgend in Auszügen eine Erklärung des Vorbereitungskreises der Demonstration, ebenfalls in Auszügen eine Erklärung des Sekretariats des Parteivorstands der DKP und eine leicht gekürzte Zusage von Joachim Guilliard an den Vorbereitungskreis der Demonstration, die uns der Verfasser freundlicherweise überlassen hat.

Erklärung des Vorbereitungskreises der bundesweiten Friedensdemonstration in Berlin am 8. Oktober [1]

Krieg schafft auch in Syrien keinen Frieden – Friedensbewegung fordert Waffenstillstand und erneute Verhandlungen

Mit Entsetzen und Abscheu verfolgt die Friedensbewegung seit fünf Jahren den Krieg in und gegen Syrien. Hunderttausende Tote und Millionen auf der Flucht sind das Ergebnis der kriegerischen Auseinandersetzung, in der sich innere Gewaltkonflikte, äußere Einflüsse, Interventionen, religiöser Fanatismus, Terrorismus und eine Politik des Regime-Change zu einem verheerenden Mix verbinden. Nicht zuletzt trägt das verbale Aufrüsten aller Seiten zu einer scheinbar unlösbaren Gewaltspirale bei. Es ist gerade diese sich aufschaukelnde Stellvertreter-Dimension des Krieges, die in eine weit über Syrien oder die Region hinausführende Kriegsbedrohung eskalieren kann.

Die Friedensbewegung hat beständig vor dieser Kriegsdynamik gewarnt und betont: Krieg löst auch in Syrien keine Probleme. Es muss ein Zurück

zu Verhandlungen und Dialog geben, die vielleicht zuerst in regionale dann aber einen umfassenden Waffenstillstand mündet. (...)

Wir sind prinzipiell gegen die „Logik des Krieges“ und des Militarismus und engagieren uns für die „Logik des Friedens“ überall: in Syrien, im Jemen, in Libyen, in Afghanistan, in Somalia, im Irak. Wir appellieren besonders an die USA und Russland: Verhandelt wieder! Wir rufen alle Konfliktparteien auf: Lasst die Waffen ruhen! Es wird keinen militärischen Sieger, sondern nur Verlierer und weitere zigtausend Tote geben. Die UN muss weiterhin die Rolle eines neutralen Schlichters einnehmen, sie muss zusammenführen und nicht spalten. Wir fordern humanitäre Luftbrücken und Korridore anstelle von Flugverbotszonen.

Einseitige Schuldvorwürfe helfen nichts. Jeder der Beteiligten kann mit einem Finger auf den oder die anderen zeigen, drei Finger zeigen auf ihn selbst. Eigene geostrategische Interessen von Pipelines bis Militärstützpunkten sind nicht friedensfördernd. Besonders an die USA und NATO gerichtet gilt: Wer im Glashaus des verlorenen „Krieges gegen den Terror“ sitzt, der so viel Chaos, Elend und Zerstörung gerade über die Region des Nahen und Mittleren Ostens gebracht hat, soll nicht mit den Steinen einer moralischen Empörung werfen.

Auch Russland führt Krieg in Syrien – aus eigenen Interessen und zur Unterstützung der syrischen Regierung. Russland muss auf allen Ebenen in den Friedensprozess eingebunden werden. Für diesen wie für alle Kriege gilt die Aussage der großen Pazifistin Bertha v. Suttner: „Die Waffen nieder!“

Verantwortung für die Kriege in der Region trägt auch die Bundesregierung: Es sind auch deutsche Waffen mit denen der Krieg geführt, die islamistischen Terroristen ausgestattet und finanziert werden. Deutsche Waffen morden wieder mit – auf beiden Seiten. Ein Ende jeglichen Waffenexports in alle Krisengebiete ist eine unabdingbare Notwendigkeit ziviler Konfliktlösungsstrategien. (...)

Erklärung des Sekretariats des DKP-Parteivorstands vom 3. Oktober 2016 [2]

Vor der Friedensdemonstration am 8. Oktober: DKP zur Eskalation in Syrien

Große Hoffnungen waren in die zwischen den USA und Russland ausgehandelte Waffenruhe gesetzt worden. Doch schon nach kurzer Zeit erwies sie sich als brüchig. (...) Für die deutsche Bundesregierung und die Mainstreammedien sind die Schuldigen schnell ausgemacht: Das „barbarische Vorgehen“ der syrischen Regierung stelle eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar, so Regierungssprecher Seibert. Damit liegt die Bundesregierung verbal und inhaltlich ganz auf der Linie der US-Regierung, die zuvor in Person ihrer UN-Botschafterin Samantha Powers bereits von „barbarischen Handlungen Russlands“ gesprochen hatte. Gemeinsam hatten die Außenminister Frankreichs, Italiens, Deutschlands, Großbritanniens, der USA und Vertreter der EU am 25. September zudem Russland des Bruchs der Waffenruhe, der Bombardierung eines Hilfskonvois und der Belagerung Ost-Aleppos bezichtigt. Das russische Außenministerium hat diese Vorwürfe zurückgewiesen und zudem den USA vorgeworfen, die stärkste islamistische Kraft neben dem IS, die Fateh-al-Scham-Front (ehemals Al-Nusra-Front), bei den eigenen militärischen Angriffen zu verschonen.

Während die deutsche Bundesregierung sich im Konflikt deutlich an der Seite der USA positioniert hat, macht sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den USA und Russland und die komplizierte Nachrichtenlage zunutze, um Verwirrung über die tatsächlichen Kriegsursachen zu stiften. So rief er dazu auf, Friedensdemos gegen die USA und Russland zu organisieren, um den Krieg in Syrien zu beenden.

(...) Gemeinsam mit anderen Erstunterzeichnern des Demonstrationsaufrufes hat auch die DKP erklärt: „Wir akzeptieren nicht, dass Krieg

alltäglich wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.“

Das Scheitern der Waffenruhe darf nicht über die tatsächlichen Ursachen des Krieges in Syrien hinwegtäuschen. Die DKP betont: Seit Beginn des Krieges 2012 verfolgen die westlichen Staaten, allen voran die USA, sowie ihre Verbündeten in der Region wie die Türkei und einige Golfstaaten das Ziel eines Sturzes der syrischen Regierung unter Präsident Assad und eine Zerschlagung des syrischen Staates. Zu diesem Zwecke wurden und werden bewaffnete Milizen und Terrororganisationen direkt und indirekt unterstützt. Mit Waffenlieferungen (USA), der Formierung einer politischen Opposition gegen Assad (BRD), mit Bombardierungen von Stellungen der syrischen Armee wie in Deir al-Sor Mitte September, in dessen Folge der IS Gebiete zurückerobert konnte.

Der Krieg der US-geführten Koalition, an der sich auch Deutschland beteiligt, findet völkerrechtswidrig ohne Zustimmung Syriens auf syrischem Territorium statt. Im Gegensatz dazu steht die von Syrien gewünschte Unterstützung Russlands in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Entgegen des Eindrucks eines Aufeinandertreffens zweier angeblich konkurrierender Großmächte (USA/Russland) handelt es sich stattdessen um die Umsetzung des vor Jahrzehnten verkündeten Plans zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens durch die USA und ihre Verbündeten, vor allem die NATO-Staaten, die EU sowie Israel. Seit Beginn des Krieges in Afghanistan 2001 säen die westlichen Imperialisten Tod und Zerstörung: im Irak, im Jemen, in Libyen, in den Palästinensergebieten. (...)

Anmerkungen von Joachim Guilliard zur Ad-hoc-Erklärung des Vorbereitungskreises zu Syrien

Liebe Freunde vom Vorbereitungskreis,

zunächst Danke für Euren Einsatz für die erfolgreiche Demo am Samstag.

Leider war Eure Ad-hoc-Erklärung zu Syrien nicht so gelungen und kam bei vielen, die die Demo unterstützten, nicht gut an. (...)

Vieles in der Erklärung ist natürlich richtig, so die Forderung nach schnellstmöglicher Wiederaufnahme von Friedensgesprächen. Völlig verfehlt und für mich unverständlich ist jedoch das Bemühen, alle Seiten gleichermaßen für den Krieg verantwortlich zu machen, das den Grundtenor des Papiers ausmacht. Was verspricht Ihr Euch von einer Erklärung, die völlig neutral zu bleiben sucht, die vermeidet, Stellung zu beziehen und Verantwortliche zu benennen?

Statements wie „Krieg löst keine Probleme“ und Forderungen wie „Wir rufen alle Konfliktparteien auf: Lasst die Waffen ruhen“ sind nett und nie falsch, aber doch völlig zahnlos: Da jede Konfliktpartei nun mal die andere verantwortlich macht, bleiben sie politisch praktisch ohne Wirkung. Wo mächtige Interessen im Spiel sind, kann nur öffentlicher Druck etwas bewirken und diesen können wir nur über die Entlarvung der tatsächlichen Politik, Motive und Verantwortlichkeiten erreichen. Dies wiederum am ehesten bei der eigenen Regierung und denen der Verbündeten.

Selbst wenn tatsächlich die Verantwortung gleich verteilt wäre, müsste sich unsere Kritik vor allem auf die Politik Deutschlands und des Westens konzentrieren. Sonst bleiben solche Erklärungen m. E. nur Selbstdarstellungen im Sinn von „wir sind die Guten, die Friedfertigen“ – wobei man aber von Politikern und Medien letztlich nur als „die Harmlosen“ wahrgenommen wird.

Es sind jedoch, wie ihr eigentlich wissen dürft, keineswegs beide Seiten gleichermaßen schuld am Krieg. Dafür, dass die Protestbewegung in einen bewaffneten Aufstand umschlug, der schließlich zu einem internationalisierten Krieg wurde, sind in erster Linie die NATO-Staaten und die Golfmonarchen verantwortlich, die die Milizen ausrüsteten, bewaffneten und finanzierten und auch durch politische Aktivitäten, Wirtschaftssanktionen

u. v. m. auf einen „Regime Change“ hinarbeiteten. Man braucht hier nicht mehr zu spekulieren, alles – von den wahren Motiven der westlichen Syrien-Politik bis zur Organisation der Lieferung von Waffen – kann man heute in geleakten Dokumenten und gut recherchierten Reports nachlesen.

Selbstverständlich verfolgt auch Russland eigene Interessen – u. a. kein zweites Libyen in dieser bedeutenden Region, keine weitere Demontage der internationalen Ordnung und kein sicheres Hinterland für terroristische, islamistische Banden so nahe an seinen Grenzen zuzulassen. Die russische Regierung hat sie aber vor allem verfolgt, indem sie sich intensiv um eine politische Lösung bemühte. Wer die Liste gescheiterter Friedensinitiativen durchgeht, wird leicht erkennen, dass sie stets an der harten Haltung der NATO-Staaten und ihrer lokalen Verbündeten scheiterten, die stur an ihrem „Regime Change“-Ziel festhielten – ohne Rücksicht auf die Folgen.

Militärisch intervenierte Russland erst, als alle Versuche gescheitert waren und bald auch Gebiete in den von der Regierung gehaltenen, bevölkerungsreichsten Regionen im Westen, in die Gewalt der dschihadistischen Gruppen zu fallen drohten, die die von der NATO und ihren Bündnispartnern initiierten und ausgerüsteten „Rebellenfronten“ dominierte.

Indem Ihr in Eurer Erklärung so neutral bleibt, entlastet ihr unweigerlich die Hauptverantwortlichen. Denn „wer einen Streit anfängt, hat schon halb gewonnen, wenn die Mehrheit zur Halbzeit glaubt, beide Streithähne seien in gleicher Weise schuld“ so vor kurzem treffend die NachDenkSeiten (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=35219#more-35219>).

Krieg schafft in der Tat auch in Syrien keinen Frieden. Zuzulassen aber, dass die diversen Terrorbanden, wie Al Nusra, Ahrar al Sham, Jaish al-Fath etc. immer wieder frisch versorgt mit Kämpfern und Waffen sich weiter ausbreiten, ist auch keine Lösung. Die meisten Syrer erwarten durchaus, dass ihre Armee sie vor diesen dschihadistischen Gruppierungen, die ihnen mit brutalen Methoden eine mittelalterliche Ordnung aufzwingen wollen, schützt.



Wenn wir etwas für den Frieden in Syrien tun wollen, müssen wir öffentlichen Druck auf Washington, Paris, London, Berlin aufbauen, indem wir ihre Umsturzpläne und ihre Unterstützung der islamistischen Milizen als hauptverantwortlich für die Fortsetzung des Krieges anprangern.

Wir sollten uns hüten, unspezifizierte „humanitäre Korridore“ zu fordern, die auch von Seiten der Türkei, USA, GB und Frankreich immer wieder als Gegenstück zur Flugverbotszone anvisiert werden, sondern ein mit der syrischen und russischen Seite ab-

gestimmtes Vorgehen (meist würde es reichen, wenn man die Vorschläge von syrischer/russischer Seite ernstnehmen und unterstützen würde).

Wenn wir der Bevölkerung helfen wollen, müssen wir vor allem auch auf ein Ende der Sanktionen gegen Syrien drängen.

In der Hoffnung auf zukünftig besser abgestimmte und zielgerichtete Erklärungen,

Viele Grüße
Joachim

Quellen und Anmerkungen:

- [1] <http://friedensdemo.org/demo-8-x-krieg-schafft-auch-in-syrien-keinen-frieden>
- [2] <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/10/usa-nato-eu-brd-eure-waffen-nieder-in-syrien/>



AKTUELLE FRAGEN DER BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

Rainer Perschewski

DIGITALISIERUNG DER ARBEITSWELT – ZUKUNFTSVISION ODER KONKRETE HERAUSFORDERUNG?

Industrie 4.0, Arbeit 4.0, Internet der Dinge oder Digitalisierung – nehmen wir die derzeitige Berichterstattung in den Medien oder nur die Vielzahl der Konferenzen, könnte man den Eindruck gewinnen, als wäre es schon soweit – Maschinen übernehmen die Arbeit und der Mensch ist nur noch Anhängsel der Maschine. Soweit ist es natürlich nicht. Viele der vornehmlich visionär beschriebenen technischen Möglichkeiten sind in der Startphase und auch die digitale Infrastruktur steht noch nicht im erforderlichen Umfang. Wie kann diese Entwicklung aber eingeschätzt werden? Was bedeutet es für die betriebliche oder gewerkschaftliche Arbeit?

Neue Qualität oder Weiterentwicklung?

Um sich dem Thema anzunähern, kann man an dem Sprachgebrauch ansetzen. Die an dem üblichen Ge-

brauch einer Software-Versionsnummer angelehnte Verwendung des Begriffs 4.0 soll deutlich machen, dass es die Autoren für die vierte Stufe der industriellen Revolution halten. Hier wird es konkret, denn jede dieser Stufen hat vor allem eines ausgelöst: eine größere Rationalisierungswelle. Nicht nur die Tätigkeiten veränderten sich, sondern auch die Berufe und deren Ausbildungen. Kommen wir zu dem Schluss, dass wir tatsächlich gerade den Sprung in eine neue Qualität der technischen Entwicklung vollziehen, ist es keine theoretische Frage mehr, sondern eine Feststellung mit weitreichenden Folgen für die Arbeitswelt. Stimmt es, stehen wir vor der größten Welle der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Berufsbildern der letzten Jahrzehnte.

Viele Dinge, die zumindest für die Industrie visionär beschrieben werden, sind tatsächlich erst in der Entwick-

lung, wobei angesichts der Geschwindigkeiten die Frage zu stellen ist, ob die zeitlichen Intervalle der Einführung von technischen Neuerungen für die betrieblichen Abläufe sich nicht stark verkürzt haben. Unabhängig davon werden die größten Auswirkungen derzeit auch nicht im sekundären also industriellen Sektor prognostiziert, sondern im größten Bereich der Volkswirtschaft, dem tertiären Sektor, also bei den Dienstleistungen. Derzeit gehen unterschiedliche Prognosen davon aus, dass bis zu 50 Prozent von Jobs und Berufen im Dienstleistungsbereich verschwinden oder sich deutlich verändern werden. Stimmt es, stehen wir vor dem größten Umbruch und nicht nur von Verschiebungen in der sektoralen Wirtschaftsstruktur dieser Gesellschaft, sondern auch vor der weiteren Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem Arbeitsleben und einer „Prekarisierung“ qualifizierter Facharbeiter. Damit wird deutlich, dass

die Frage der Umverteilung von Arbeit – also Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich – immer mehr in den Vordergrund drängt und hier insbesondere die Gewerkschaften zur Umsetzung gefragt sind. Welche Entwicklungen vollziehen sich?

Tatsächlich sind aktuell deutliche Veränderungen im Dienstleistungsbereich zu spüren. Dabei ist hier nicht einmal der zunehmende Internethandel, damit einhergehende veränderte Einkaufsgewohnheiten bzw. Transportlogistik oder der daraus resultierende zunehmende Druck auf die „realen“ Händler gemeint. Waren in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends noch jegliche flexiblen Regelungen hinsichtlich der Arbeitszeiten verpönt oder sie wurden gar als Tabubruch verstanden, vollzieht sich hier ein Wertewandel. Als die IG Metall in den Achtzigern um die 35-Stundenwoche kämpfte, tauchte auf Karikaturen schon die Forderung nach der 30-Stundenwoche auf. Die Entwicklung in diese Richtung wurde nicht in Frage gestellt. Heute sind es vielerorts die Erwerbstätigen, die nach größerer Flexibilisierung rufen. Für die Tätigkeit in sämtlichen administrativen Bereichen sind die technischen Möglichkeiten soweit ausgereift, dass bspw. ein fester Arbeitsort nicht mehr nötig erscheint. So gehen (Groß-)Betriebe dazu über, Regelungen zu vereinbaren, die das tägliche Pendeln überflüssig machen. An zwei bis drei Tagen in der Woche arbeitet der Erwerbstätige von einem gewählten Arbeitsort aus, meist von seinem Wohnort und erhöht damit noch seinen Freizeitwert, da er ein bis zwei Stunden Wegezeiten zum Arbeitsort spart. Im Betrieb hat es die Folge, dass der Erwerbstätige nicht mehr den ausgestatteten Arbeitsplatz hat, sondern nur noch einen ausgesuchten Arbeitsplatz (Desk-Sharing). Die Unternehmen sparen die Kosten und nebenbei werden die Arbeitsschutzbestimmungen zur Makulatur, da der „andere Arbeitsort“ real keiner Kontrolle unterliegt. Auch anderes – mit der Einführung digitaler Informationstechnik immer wieder proklamiertes – bekommt plötzlich eine eigene Dynamik. So wurde in den letzten zwanzig Jahren immer wieder von der Entwicklung hin zu einem „papierlosen Büro“ gesprochen. Geglaubt hat es niemand. Unter den neuen Arbeitsbedingungen wird es von den Beschäftigten selbst umgesetzt, da zum Arbei-

ten am „anderen Ort“ der Zugriff auf die bisher in Papierform vorhandenen Informationen digital möglich sein muss. Gleichzeitig ermöglicht neue Software, dass Tätigkeiten nicht mehr von Menschen erledigt werden müssen. So werden z. B. Buchhaltungsabteilungen drastisch reduziert, da eine Bearbeitung von Rechnungen in abnehmender Zeit möglich ist, da sie automatisch eingelesen und verarbeitet werden. Einige Banken bieten diese Möglichkeit schon für jedermann an: Rechnung mit dem Smartphone einlesen, Überweisung mit einem Klick abgeben und fertig. Letztes Beispiel: Auf einer Verdi-Konferenz schilderte eine Finanzbeamtin, dass ihr die Software zur Steuererklärung inzwischen die Entscheidung vorgibt. Hier wird vor allem deutlich, dass es künftig beim Fortschreiten der Entwicklung nur noch weniger Fachkräfte bedarf, um derartige Tätigkeiten zu vollziehen.

Insgesamt lässt die Darstellung nur einen Schluss zu: Auch wenn die Grundzüge der digitalen Technik sich nicht verändert haben, hat die Masse und die rasante Entwicklung in Richtung Übernahme komplexer Tätigkeiten durch die Technik zu einer neuen Qualität in der Produktivkraftentwicklung geführt.

Wie kann diese Entwicklung bewertet werden?

Das entscheidende Kriterium bei der Beurteilung dieser neuen Technologien und der Produktivkraftentwicklung überhaupt besteht in dem Nutzen für die Interessen der abhängig Beschäftigten. Neue Technik steigert die Produktivkraft der Arbeit und ist damit eine entscheidende Quelle der gesellschaftlichen wie der persönlichen Entwicklung. Menschliche Fähigkeiten, soziale Beziehungen, materieller und geistiger Reichtum entstehen vor allem in der Arbeit. Deshalb eröffnet der Fortschritt neue Möglichkeiten produktiver Tätigkeit und menschlicher Entwicklung. Ausgehend von dieser Erkenntnis muss man natürlich ergänzen, dass die Technik nicht im Selbstlauf die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten verbessert. Technik folgt keinen eigenen Zielen, sondern wird von Menschen geschaffen und eingesetzt. Gesellschaftlicher Fortschritt lässt sich deshalb nicht technisch herstellen. Er muss von den Erwerbstätigen erkämpft

werden. Wieweit die Möglichkeiten dieser Entwicklung positiv genutzt werden können, hängt damit insbesondere von den Kräfteverhältnissen vor Ort in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ab.

Das Kräfteverhältnis der streitenden Klassen ist derzeit nicht unbedingt zugunsten der abhängig Beschäftigten geneigt. Betriebliche Interessensvertretungen sind nur dort stark, wo eine gute gewerkschaftliche Organisation besteht. Das ist vorwiegend in Großbetrieben der Fall und auch dort muss unterschieden werden, ob der Wille zur Durchsetzung besteht. Es ist also zu befürchten, dass die Einführung neuer technischer Entwicklungen nur für einen Teil der Klasse zu positiven Bedingungen führt und damit die Spaltungstendenzen in der Arbeiterklasse verstärkt werden.

Haltlinien durch Betriebsräte – Reaktionen der Gewerkschaften

Betriebsräte – zunächst als erste Betroffene – reagieren auf diese Entwicklung und versuchen mit Betriebsvereinbarungen Haltlinien einzuziehen, um negative Begleiterscheinungen zu vermeiden. Die „neuen Medien“ kommen dabei dem Erfahrungsaustausch zugute. Schneller als in der Vergangenheit sind die betrieblichen Interessensvertretungen in der Lage, Erfahrungen auszutauschen. Hierbei geht es aber vornehmlich um die betriebliche Ebene und die konkreten Erfordernisse vor Ort:

- Datenschutz sicherstellen und personenbezogene Auswertung bei der Einführung neuer Technologie verhindern;
- Einhaltung von gesetzlichen und tariflichen Arbeitsschutzbestimmungen sicherstellen;
- Regelungen erarbeiten, die eine Ausbeutung der Arbeitskraft über den bisher möglichen Rahmen verhindern und gegen Entgrenzungserscheinungen von Arbeit und Privatleben einschreiten (bspw. Begrenzung von Zeiten der Zugriffe auf betriebsinterne Netzwerke);
- Festschreibung der freiwilligen Teilnahme an bestimmten Entwicklungen der mobilen Arbeitsmittel;



- Sicherstellen und Vereinbarungen von entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen.
- Ausnutzen von Einflussrechten bspw. bei der Vergabe von Aufträgen via Crowdsourcing.
- Einbindung der abhängig Beschäftigten bei der Erarbeitung von Regelungen im Umgang und der Umsetzung bei der Einführung neuer Technologien.

Wie bereits dargestellt, gelingt es im Wesentlichen dort, wo betriebliche Interessensvertretungen auch – via gewerkschaftlichen Organisationsgrades – über eine Durchsetzungsmacht verfügen. Insofern sind die hier beschriebenen Haltelinien in allen anderen Bereichen eine Negativliste drohender Veränderungen und höherer Ausbeutungsmöglichkeiten für das Kapital. Vor allem aber ersetzt diese betriebsbezogene Reaktion nicht die nötigen kollektivrechtlichen Regelungen und Aktivitäten auf gesellschaftspolitischer Ebene. Die Gewerkschaften hinkten dieser Entwicklung lange

hinterher. Zwar sind in einer Aufholjagd in vielen Bereichen auch tarifpolitische Forderungen entstanden und vereinzelt auch schon Bestandteil von Tarifverträgen bzw. mindestens laufender Tarifverhandlungen, jedoch wird auch das nur aus den genannten Gründen zur weiteren Spaltung der Erwerbstätigen beitragen. Wer nicht vom Grundwiderspruch dieser Gesellschaft, dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgeht, muss hier Illusionen erliegen.



Heide Humburg

„SPALTPILZE“ IN UNSERER KLASSE

Ein wesentlicher Bestandteil des Klassenbewusstseins ist die Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen innerhalb der Klasse. Diese Erkenntnis ist der erste Schritt, um aus einer Klasse an sich zur Klasse für sich zu werden. Von diesem Zustand sind wir weit entfernt. Die allgemeine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, aber auch viele vom Klassengegner bewusst genutzte „Spaltpilze“ unter den Beschäftigten selbst, sorgen für eine weitgehende Entsolidarisierung. Auch innerhalb der Gewerkschaften stehen Standort- und Betriebsinteressen oft über der Durchsetzung von Klasseninteressen. Dies liegt nicht zuletzt an der Dominanz der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen.

Konkurrenz und Spaltung auf allen Ebenen

Der Entwicklung von Solidarität und Klassenbewusstsein stehen auf allen Ebenen viele Hindernisse entgegen. Die Spaltung hat sich tief im Bewusstsein der Werktätigen verankert. Um dies aufzubrechen, müssen wir im ersten Schritt verstehen, mit welchen Einstellungen wir es zu tun haben.

Nation und Standort Deutschland: Auf einer Mitgliederversammlung der IG Metall in meinem Betrieb feiert sich der BR für den Erhalt eines deut-

schen Werks. Erkauft wurde dieser Erhalt mit einem Schichtmodell, das den Samstag als Regelarbeitstag beinhaltet. Die Argumentation: „Wenn wir das nicht so vereinbaren, können wir die Arbeitszeit bald auf null verkürzen. Denn in Polen sind Wochenenden egal; die arbeiten auch an Sonntagen. Da müssen wir mithalten.“ „Die Polen“ seien also unsere Gegner und „wir Deutschen“ im Vergleich mit ihnen zu teuer. Für den Redebeitrag gab es Standing Ovationen auf der Mitgliederversammlung. Wohin die Logik dieses „Unterbietungswettbewerbs“ führt und wer der Nutznießer ist, dazu wurde nichts gesagt.

Branche: Häufig identifizieren sich Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Branche bzw. Beschäftigtengruppe. Diese Identifikation geht oft mit einem Nicht-Interesse für die Auseinandersetzungen in anderen Bereichen einher oder führt zu einer bewussten Abgrenzung. Bezeichnend sind hier z. B. Äußerungen aus dem ansonsten beispielgebenden Streik der Sozial- und Erziehungsdienste: „Wir kämpfen für etwas Wichtiges, unsere Arbeit ist besonders. Unsere Streiks sind deshalb nicht zu vergleichen mit Lohnkämpfen in der Industrie. Uns geht es nicht bloß um mehr Geld, wir wollen Anerkennung.“ Die Abgrenzung geht soweit, dass man über streikende Kol-

legen anderer Bereiche schimpft und sich beschwert, dass sie den Hals nicht vollkriegen. So während der Warnstreiks im öffentlichen Dienst oder bei Streiks im Bahn- und Flugverkehr. Diese Haltung ist verbreitet insbesondere in Bereichen mit geringem Organisationsgrad und schlechten Arbeitsbedingungen: „Denen geht es eh schon besser als mir, jetzt sollen sie mir nicht mit ihrer Gier das Leben schwer machen.“

Betrieb: Auch die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten wirkt sich eins zu eins auf die Arbeiterklasse aus. Als Beschäftigter ist man in gewissem Maße vom Erfolg des eigenen Kapitalisten im Wettbewerb abhängig und steht damit in Konkurrenz zur Belegschaft anderer Unternehmen. Der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes hat höchste Priorität und wird im Zweifelsfall gegen die Kollegen in anderen Betrieben durchgesetzt. Die Folge sind Zustimmungen zu Sonderregelungen und Zugeständnisse für die Erhaltung eines Betriebs, oft in Abweichung zum Flächentarifvertrag. In einer Diskussion mit IG-Metall-KollegInnen zum Thema „Mobiles Arbeiten“ und den damit verbundenen Risiken zur Entgrenzung der Arbeit, sagt eine Kollegin: „Ich arbeite nun mal in diesem Betrieb und möchte daher auch, dass das Unternehmen erfolgreich ist. Wenn es

dafür nötig ist, bestimmte Arbeiten am Wochenende fertigzustellen, dann bin ich dazu bereit. Oberstes Ziel ist der Erhalt des Arbeitsplatzes.“ Sie ist also bereit, Mehrarbeit zu leisten bzw. weitere Einschnitte in ihr Privatleben in Kauf zu nehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit „ihres“ Unternehmens zu sichern. Damit setzt sie – bewusst oder unbewusst – Kollegen in derselben Lage in anderen Betrieben unter Druck, sich einer Abwärtsspirale der Arbeitsbedingungen anzuschließen.

Beschäftigungsverhältnis: Die fatale Spaltungslinie, wenn es um die Streikfähigkeit eines Betriebes geht, ist jene, die sich durch die Belegschaft selbst zieht. Hier wird die Stammebelegschaft gegen die Leiharbeiter oder Werkverträger ausgespielt. Gemeinsame Interessen und Kämpfe werden allein schon durch die formale Betriebszugehörigkeit erschwert. Aber auch im Bewusstsein einiger Kollegen und ihrer BR-Vertreter finden sich Auffassungen, wonach Leiharbeit gut sei, weil sie als „Flexibilitätspuffer“ die Stammebelegschaft vor Entlassungen schütze. Von Kollegen höre ich oft Aussagen, dass nicht jeder ein festes Beschäftigungsverhältnis „verdient“ – der Kollege XY sei nicht gut genug dafür bzw. strenge sich nicht ausreichend an und sollte daher in Leiharbeit bleiben. Ein „festes“ Beschäftigungsverhältnis müsse man sich also erst verdienen. Neben der Erschwerung gemeinsamer Kämpfe und dem potenziellen Einsatz von Leiharbeitern als direkte Streikbrecher, verschärft die Duldung von Leiharbeit im eigenen Unternehmen auch unmittelbar den Leistungsdruck auf die Festangestellten, erhöht die Unsicherheit und macht erpressbar.

Arbeiter vs. Angestellte: Auch wenn diese Trennung offiziell nicht mehr existiert (mit der Einführung von ERA und dem TVöD wurden einheitliche Entgeltgruppen geschaffen), ist die Spaltung zwischen „Kopf- und Handarbeiter“ real und im Bewusstsein vieler KollegInnen weiterhin vorhanden. Ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den „Hemdtägern“ hat reale Grundlagen (höhere Bezahlung, mehr Verantwortung und Kontrolle), wird aber mit wachsendem Anteil von Angestellten zu einem zunehmenden Problem für die Kampffähigkeit einer Belegschaft. So wurde der viel

diskutierte Streik beim Verpackungs-hersteller Neupack in Hamburg unter anderem deswegen verloren, weil es nicht gelungen war, die Angestellten in die Streikfront mit einzureihen. Sie wurden in der Auseinandersetzung zu Verbündeten des Kapitalisten und zu Streikbrechern. Viele auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sehen die Angestellten als Gegner oder Schmarotzer: Es wird als ungerecht empfunden, dass die gut organisierten „Werker“ für die Hemdtäger in Tarifauseinandersetzungen die „Kohlen aus dem Feuer holen“ und gleichzeitig am wenigsten von einer prozentualen Tarifierhöhung haben. Andersherum sind viele Angestellte weiterhin der Auffassung, dass sie so wichtig sind für das Unternehmen, dass sie keine kollektive Interessenvertretung benötigen, sondern ihre Interessen besser individuell durchsetzen können.

Alter: Die Spaltung zwischen jung und alt hat ganz konkrete betriebliche und gewerkschaftliche Ausdrucksformen. Verhandlungen zu betrieblichen Umstrukturierungen oder Ausgliederungen enden oft in neuen Tarifverträgen, die niedrigere Einstiegsgehälter beinhalten bei gleichzeitiger „Besitzstandswahrung“ für die aktuell Beschäftigten. Gewerkschaftliche Erzungenschaften werden aufgegeben und unterschiedliche Lohnniveaus im selben Betrieb akzeptiert. Darin drückt sich ein Verständnis von Gewerkschaftsarbeit aus, das die unmittelbaren Interessen der derzeitigen Mitglieder berücksichtigt, aber keine langfristigen Klasseninteressen. Das verschlechtert auf lange Sicht die Kampffähigkeit der gesamten Belegschaft.

Geschlecht: Uns allen sind die Zahlen zur ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern bekannt. Wir wissen, dass Frauen seltener in Leitungspositionen anzutreffen sind als Männer, dass sie bei Einstellung und Beförderung diskriminiert werden. In diesen Zahlen drückt sich eine Spaltung aus, die bis tief ins Bewusstsein der Arbeiterklasse wirkt. Als ich einem Kollegen gegenüber klagte, dass es schwer bis unmöglich sei, in Vollzeit zu arbeiten und gleichzeitig ein Kind großzuziehen, sagte er, dass er Teilzeit arbeiten würde, wenn er eine Frau wäre. Anstatt gemeinsam um bessere Arbeitsbedingungen und eine kürzere Vollzeit zu

kämpfen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle möglich machen würde, wird akzeptiert, dass individuelle Lösungen gesucht werden, die in der Konsequenz eine schlechtere Bezahlung und prekäre Beschäftigung bedeuten. Frauen werden also mit „ihren Problemen“ alleine gelassen.

Ethnie/Nationalität: Diese Spaltungslinie hat nach meiner bisherigen Erfahrung in einem Großbetrieb eine geringere betriebliche, aber umso größere gesellschaftspolitische Bedeutung. MigrantInnen werden zum Schleifen gewerkschaftlicher Errungenschaften und direkt als billige Arbeitskräfte missbraucht. Angriffe auf die Rechte von MigrantInnen werden nicht als Angriffe auf die gesamte Klasse begriffen und von ihr entsprechend bekämpft. Auch sie werden von der Klasse und ihren Organisationen mit „ihren Problemen“ weitgehend alleine gelassen. Schlimmer noch, teilweise werden die Angriffe sogar befürwortet, weil sie als Schutz des Lebensstandards und der Rechte der Einheimischen ausgegeben werden. Dadurch kann Rassismus als Spaltpilz eine verheerende desorientierende Wirkung entwickeln.

Individualisierung der Interessenvertretung

Das Ergebnis all dieser Spaltungslinien ist eine fragmentierte Klasse. Wenn Kämpfe geführt werden, finden sie isoliert statt und sind damit oft zum Scheitern verurteilt. Mutlosigkeit angesichts der Übermacht des Kapitals oder eine starke Individualisierung, d. h. das völlige Negieren des Vorhandenseins gemeinsamer Interessen und der Sinnhaftigkeit kollektiven Handelns, sind die Folge.

Auch die Gewerkschaften setzen dem nur selten etwas entgegen. Wie stark die Individualisierung bereits verankert ist, zeigt sich bspw. in der aktuellen Kampagne der IG Metall zum Thema Arbeitszeit. Unter dem Motto „Mein Leben. Meine Zeit“ geht es vorrangig um die Möglichkeit, die Arbeitszeit flexibel und individuell anpassen zu können, um bspw. Familie und Beruf unter einen Hut bringen zu können. Da es so viele unterschiedliche Vorstellungen von der persönlichen Arbeitszeitgestaltung gäbe (es



soll auch Menschen geben, die gerne 40 Stunden und mehr arbeiten wollen), verzichtet die IG Metall komplett auf zentrale gemeinsame Forderungen.

Diese Individualisierungstendenzen sind das Beste, was den Unternehmen passieren kann. Jeder Einzelne, der mehr als die kollektiv vereinbarte Arbeitszeit oder für weniger Lohn arbeitet, fällt damit dem Rest seiner Klasse in den Rücken. Wenn es keine kollektiven Haltelinien mehr gibt, ist der Einzelne den Anforderungen des Unternehmens hilflos ausgeliefert. Jede Öffnungsklausel kollektiver Vereinbarungen führt zum Aufweichen von erreichten Standards und letztlich zu deren Abschaffung. Die Kapitalisten haben ein leichtes Spiel, wenn sie uns auf all diesen Ebenen auseinanderdividieren können.

Spaltung überwinden und Klassenbewusstsein entwickeln

Als Kommunistinnen und Kommunisten im Betrieb und in der Gewerkschaft sind wir täglich mit diesen Spaltpilzen konfrontiert und müssen oftmals individuell Antworten darauf finden, wie wir in unserer täglichen Praxis zur Einheit der Klasse beitragen können. Im Folgenden möchte ich zumindest ein paar Beispiele für Handlungsmöglichkeiten in der täglichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Praxis benennen, die exemplarisch eine Orientierung geben können:

Fachbereichs- und Gewerkschaftsübergreifende Arbeitskämpfplanung: Um die Gemeinsamkeit der Interessen über Branchen- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu erkennen, braucht es gemeinsame Kampferfahrungen. Ein erster Schritt wäre eine Koordination der Aktionen bei zeitgleichen Tarifauseinandersetzungen, Solidaritätsbesuche in anderen Betrieben oder Berichte von Arbeitskämpfen in anderen Bereichen auf Betriebsversammlungen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Tarifverhandlungen zeitlich abgestimmt werden, um gemeinsame Aktionen dieser Art zu ermöglichen.

Kampf um den Erhalt des Flächentarifs als Mittel und Ausdruck der branchenweiten Solidarität: Flächentarifverträge sind die letzten Bastionen gegen die Spaltung nach Betrieb. Aktuellen Tendenzen zu Öffnungs-

klauseln oder von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens abhängigen Entgeltbestandteilen müssen wir entschieden entgegentreten. Jede weitere Verbetrieblung der Tarifverträge schwächt die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften. Dabei gilt es, Tariffucht von beiden Seiten zu bekämpfen: Wir müssen sowohl der „klassischen“ Tariffucht von Kapitalisten durch Auslagerungen oder Austritt aus den Arbeitgeberverbänden als auch der Tendenz zu Haustarifverträgen in großen Industriebetrieben entgegentreten.

Solidarität im Betrieb zwischen verschiedenen Abteilungen, Angestellten, Arbeitern, Leiharbeitern und Werkvertrüglern entwickeln: Der Schlüssel zur Entwicklung von betrieblicher Solidarität ist eine aktive und politische Vertrauensleutearbeit. VL-Strukturen müssen abteilungsübergreifend organisiert sein und Bewusstsein über Arbeitsbedingungen und Probleme des jeweils anderen herstellen. Ein wichtiges Mittel hierfür sind Betriebszeitungen, die zur Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit im Betrieb beitragen.

Kampf um „Insourcing“ und gegen Fremdvergabe: Jede weitere Spaltung der Belegschaft durch Fremdvergabe oder den Einsatz von Leiharbeit muss bekämpft werden. Durch Auslagerung werden schlagartig über Jahre erkämpfte Arbeitsbedingungen zunichte gemacht und die Belegschaft, die hierfür gemeinsam gestritten hatte, aufgelöst. Auch hier ist ein erster Schritt das Bekanntmachen entsprechender Pläne des Unternehmens. Das restriktive deutsche Arbeitsrecht macht Kämpfe um diese Frage schwer, aber auch unterhalb der Schwelle eines Streiks gibt es viele Aktionsmöglichkeiten („Dienst nach Vorschrift“, Blockieren von Überstunden durch den BR, Informationsveranstaltung des BR etc.). Diese Frage macht nicht zuletzt deutlich, wie wichtig der Kampf um ein Streikrecht ist, das diesen Namen verdient. Beispielhaft sind die spontanen Arbeitsniederlegungen tausender Bremer Daimler-Kollegen im November 2014 gegen die Auslagerung der Logistik an eine Billigfirma.

Es ist klar, dass das Problem an dieser Stelle nicht erschöpfend diskutiert werden kann. Die Analyse der

vielfältigen Spaltungsebenen und die genannten Ansatzpunkte zur Überwindung der Spaltpilze kann lediglich als eine Anregung für die weitere Diskussion dienen. Denn: Jeder von uns hat Ansätze und Ideen aus der eigenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Wir müssen stärker darin werden, diese Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu lernen. Denn: Die Herausforderungen zu strukturieren und zu verallgemeinern ist notwendig, um gemeinsam Antworten und Handlungsansätze zu finden, wie wir als Kommunisten unserer Aufgabe in Betrieb und Gewerkschaft gerecht werden können: Klassenbewusstsein schaffen und unsere Verankerung in der Arbeiterklasse erhöhen.



BETRIEBLICHE INTERESSENVERTRETUNG – ORDNUNGSMACHT ODER ORGANISATOR DES WIDERSTANDS?

Gewerkschaften haben in der letzten Zeit eher selten Grund zum Feiern. Wenn es dann mal einen Anlass gibt, wie im Oktober 2012, als das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) seinen 60. Geburtstag feierte, dann wird geladen, was Rang und Namen hat: Der damalige DGB-Vorsitzende Michael Sommer, die ehemalige Bundesarbeitsministerin – jetzt zuständig für das Kriegsministerium – Ursula von der Leyen, Konzern- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende verschiedener Großkonzerne und Vertreter unterschiedlicher Arbeitgeberverbände. Der Tenor war einheitlich: Das BetrVG ist ein Erfolgsmodell und hat wesentlich dazu beigetragen, Krisen in der Bundesrepublik zu verhindern.

Dabei war das Gesetz 1952 unter erheblichen Geburtswehen entstanden, an denen der DGB nicht unbeteiligt war. Das war auch kein Wunder. Schließlich war das Ziel der damaligen reaktionären Adenauer-Regierung mit Sicherheit nicht, den Beschäftigten ein Instrument in die Hand zu geben, mit dem diese ihre Interessen durchsetzen konnten. Es ging vielmehr darum, die gewerkschaftliche Macht in den Betrieben einzuschränken, Klassenkonflikte zu verrechtlichen und weiterreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten, wie sie beispielsweise das Betriebsverfassungsgesetz des Landes Hessen vorsah, zu verhindern. Daher hatte der DGB im Frühjahr 1952 bundesweit in allen Betrieben zu Kampfmaßnahmen aufgerufen. Höhepunkt war der Streik in der Druckindustrie, an dem sich am 28. + 29. Mai 1952 mehr als 350.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten.

Verabschiedet wurde das Gesetz im Bundestag dann mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. KPD und SPD stimmten dagegen.

Kapitalistisches Erfolgsmodell

Das BetrVG als Erfolgsmodell zu bezeichnen, wie beim 60. Geburtstag geschehen, dazu hat die bundesdeutsche

Bourgeoisie allen Grund. In wenigen Ländern Europas werden gesellschaftliche Konflikte so aus den Betrieben herausgehalten wie in der BRD. Und das Austragen betrieblicher Konflikte geschieht im rechtlich engen Rahmen des BetrVG. Dessen wesentliche Aufgabe ist die Sicherung des „Betriebsfriedens“ und die Herstellung der „Sozialpartnerschaft“.

So heißt es im § 2 (1) des BetrVG: § 2 BetrVG – Stellung der Gewerkschaften und Vereinigungen der Arbeitgeber

(1) Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen.

Die IG Metall Heidelberg schreibt dazu: „Die Vorschrift enthält in Abs. 1 zunächst das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. Dieser Grundsatz sowie das in § 74 Abs. 2 enthaltene Arbeitskämpfverbot für den BR, aber auch die Bindung des BR an das gesetzlich nicht näher definierte ‚Betriebswohl‘ (das Wohl der Erwerbsgrundlage aller ArbeitnehmerInnen) setzt diesen Begriff im Wesentlichen mit dem wirtschaftlichen Interesse des AG gleich.“ [Hervorhebung BB]

Im § 74 Abs. 2 des BetrVG wird der Betriebsrat darauf verpflichtet, alles zu unterlassen, was Arbeitsablauf und Betriebsfrieden stört und sich (partei-)politisch neutral zu verhalten. Diese „Neutralitätspflicht“ gilt – nach Auffassung der Kapitaleseite und ihr zugelegter Richter – auch für Tarifausschüsse und Arbeitskämpfe.

Wo machbar, vor allem in schwächer organisierten Betrieben, wurde und wird die Bildung von Betriebsräten von der Kapitaleseite verhindert. Nur wo das nicht ging, vor allem in der Großindustrie, war und ist das BetrVG

der Kompromiss, um den Klassenkampf im Betrieb zu kanalisieren und zu neutralisieren.

Allerdings war die relative Ruhe und Stabilität in der Bundesrepublik auch einem anderen Faktor geschuldet: Der Tatsache, dass die Bundesrepublik an der Nahtstelle zwischen Kapitalismus und Sozialismus lag. Die unmittelbare Nachbarschaft zu einem System, in dem Arbeitsplatzsicherheit, kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, geringe Miet- und Mobilitätskosten gesellschaftliche Realität waren, setzte die Bourgeoisie unter Druck. Um die KPD verbieten und Kommunisten verfolgen zu können, ermöglichte man gleichzeitig möglichst antikommunistisch geführten Gewerkschaften die Durchsetzung von Errungenschaften am Verhandlungstisch, die in anderen europäischen Ländern nur mit heftigen Arbeitskämpfen erreicht werden konnten.

Der Begriff „Sozialpartnerschaft“ spiegelt diese Situation wider. Das Verschleiern der Klassenwidersprüche, das Durchsetzen einiger Erfolge für das Proletariat ohne Kämpfe und damit die Illusion einer Partnerschaft mit dem Klassenfeind, die scheinbar fehlende Notwendigkeit von schlagkräftigen Gewerkschaften, der starke Einfluss von Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden mit Stellvertretermentalität auf die Gewerkschaften lassen sich unter diesem Begriff subsumieren.

Die Verpflichtung auf „Betriebswohl“ und Neutralitäts- und Friedenspflicht der Betriebsräte bilden die rechtlichen Grundlagen dessen, was als „Standortpolitik“ bezeichnet wird. Eine Form der „Interessenvertretung“, die zwangsläufig zur Spaltung der Klasse führt – in die Belegschaften verschiedener Betriebsstandorte (Beispiel Opel), in (noch) relativ abgesicherte Kernbelegschaften und Leih- und ZeitarbeiterInnen oder die Beschäftigten der Zulieferketten.



Standortpolitik und Spaltung der Klasse haben allerdings nicht nur eine rechtliche Basis. Kapitalistische Produktion, Steigerung der Produktivität, d. h. fortwährende Revolutionierung der Produktion im kapitalistischen Krisenzyklus, schaffen auch die materielle Grundlage: Das Überangebot der Ware Arbeitskraft. Die einzelnen Anbieter dieser Ware stehen im Wettbewerb zu einander. Dass dieser Wettbewerb den Preis der Ware Arbeitskraft drückt, dass die Spaltung ausschließlich den Käufern der Ware – also den Kapitalisten – zugute kommt, das ist eine Tatsache, die die Klasse seit jeher erfährt. Hier ist der wesentliche Ansatzpunkt für unsere politische Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Vertrauensleute als Basis einer klassenbewussten Interessenvertretung

Als Kommunisten setzen wir auf die tatsächliche Bewegung dort, wo die Kollegen in Auseinandersetzungen mit dem Klassengegner und seinem Staat den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit täglich erfahren. Dort wo sie sich gemeinsam für ihre Interessen einsetzen und aktiv werden. In Betrieben, Unternehmen und Behörden sind dies in erster Linie die Vertrauensleute.

Vertrauensleute sind an der Basis der Gewerkschaften. Sie werden von den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb gewählt und sind bei den Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner bei Problemen, Konflikten, Fragen und Anregungen bekannt. Und sie organisieren den Kampf der Kolleginnen und Kollegen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Angriffe der Kapitalisten. Sie stehen also dort, wo die Selbstorganisation der Lohn- und Gehaltsabhängigen für die eigenen Interessen stattfinden muss. Gut organisierte und klassenbewusste Vertrauensleute sind in der Lage, die Stellvertretermentalität von Betriebs- und Personalräten zurückzudrängen, indem sie Beteiligung der Beschäftigten an allen relevanten Fragen einfordern und die Kolleginnen und Kollegen mobilisieren, sich einzumischen.

Die Arbeit als und mit Vertrauensleuten bietet uns die Möglichkeit, Klassenbewusstsein in der Arbeiter-

klasse zu entwickeln. Hier können die praktischen Erfahrungen organisiert werden, an denen wir anknüpfen, um gegen Standortlogik, Sozialpartnerschaft und Klassenspaltung zu argumentieren.

Dazu ist es allerdings häufig notwendig, Vertrauensleute-Strukturen neu aufzubauen, zu reaktivieren oder die Arbeit in bestehenden Strukturen zu politisieren.

Zustand gewerkschaftlicher Vertrauensleutearbeit

Wo Erfolge am Verhandlungstisch durchgesetzt werden können, wo (freigestellte) Betriebsräte die Auseinandersetzungen in Stellvertretermentalität führen, wo Klassenauseinandersetzungen „verrechtlicht“ sind, da gibt es kaum Bedarf für gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. Der letzte große gewerkschaftliche Arbeitskampf war der Kampf um die 35-Stundenwoche in der Druck- und Metallindustrie Anfang bis Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die bundesdeutsche Arbeiterklasse hat also wenig konkrete Erfahrung im Arbeitskampf. Dies und der Verlust der sozialistischen Staaten in Europa Anfang der 1990er Jahre hat die deutsche Arbeiterbewegung erheblich geschwächt.

Wer mit Genossinnen und Genossen, die in den verschiedenen Branchen aktiv sind, über die Vertrauensleutearbeit vor Ort spricht, wird sehr bald feststellen, dass über alle Branchen und Gewerkschaften hinweg und bundesweit der Zustand der Vertrauensleute (VL)-Arbeit katastrophal ist. Regelmäßige Wahlen zum Vertrauensleutkörper, regelmäßige Treffen, eigene Bildungsarbeit, die sich auf die VL-Arbeit bezieht oder gar politische VL-Arbeit, die Klassengegensätze behandelt und Klassenbewusstsein fördert – in aller Regel Fehlanzeige. Im besten Fall arbeiten die Vertrauensleute noch bei der Forderungsdiskussion zu den Tarifrunden mit und organisieren die Warnstreiks.

Dabei gibt es allerdings Unterschiede zwischen den klassischen Industriegewerkschaften, die sich stark auf die Kernbelegschaften der großen, am Export orientierten Konzerne beziehen, und den Gewerkschaften im

Dienstleistungs- und damit häufig Niedriglohnbereich.

Gerade in den letzteren haben in den letzten Jahren die Klassenkämpfe an Schärfe deutlich zugenommen. Und dies nicht nur auf Seiten des Kapitals bzw. des kapitalistischen Staates (Öffentlicher Dienst), sondern zunehmend auch in der Reaktion der betroffenen Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Bekanntestes Beispiel ist der Streik in den Sozial- und Erziehungsdiensten des Öffentlichen Dienstes im Jahr 2015. Dort haben sich im Verlauf der Auseinandersetzung gewerkschaftliche Strukturen, wie Vertrauensleutkörper und Betriebsgruppen gebildet, die gewerkschaftlicher Bildungsarbeit einfordern.

Perspektiven einer kämpferischen Vertrauensleutearbeit

Wie Vertrauensleute-Strukturen aufgebaut und gestärkt werden, wie wir die Vertrauensleutearbeit politisieren und für die Selbstorganisation und Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen nutzen, das muss jeweils anhand der konkreten Bedingungen entwickelt werden.

Ein erster Schritt kann die Organisation von Treffen der Vertrauensleute zu aktuellen Themen sein. Dabei sollte die Unterstützung der Betriebs- und Personalräte eingefordert werden. Die können den VL über Sprechstunden den notwendigen Freiraum während der Arbeitszeit schaffen. So macht man deutlich, dass Betriebs- und Personalräte die VL-Arbeit zu unterstützen haben und die Vertrauensleute erfahren, dass sie an die gesetzliche Interessenvertretung Anforderungen stellen können. Bei diesen Treffen beschäftigen wir uns mit aktuellen Problemen in den einzelnen Teams, mit Fragen, die im Betriebsrat diskutiert werden, mit gewerkschaftlichen Themen, wie Tarifforderungen, Arbeitskampf-Gestaltung, Mobilisierung. Und wir reden darüber, wie wir als Vertrauensleute die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb in diese Themen einbeziehen.

Bildungsangebote – wie VL-Konferenzen, Kerngruppenseminare etc., – unterstützen die Vertrauensleutearbeit, indem der Zusammenhang von betrieblichen Problemen und den politischen und wirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen aufgezeigt wird. Diese Angebote müssen sich nicht nur an die VL eines Betriebes oder einer Branche richten. Wo es gelingt, Branchen übergreifende Treffen und Veranstaltungen zu organisieren, dort kann der Austausch der VL das Erkennen von Gemeinsamkeiten bezüglich der Angriffe des Kapitals, als auch bezüglich der (Klassen-)Interessen fördern.

Im ver.di-Bezirk Südhessen finden seit mehreren Jahren jährliche Treffen von Vertrauensleuten statt, die in Tarifaueinandersetzungen und in Arbeitskämpfleitungen aktiv sind. Dort treffen sich Kolleginnen und Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst, von Post, Telekom und aus dem Wach- und Sicherheitsgewerbe oder dem Gesundheitsdienst, um darüber zu beraten, wie eine offensive und kämpferische Tarifarbeit entwickelt werden kann und wie sich die KollegInnen aus den einzelnen ver.di-Fachbereichen bei Auseinandersetzungen gegenseitig unterstützen können. Im letzten Jahr wurde beispielsweise vereinbart, sich gegenseitig bei Vertrauensleute-, Streik- und Betriebsversammlungen zu besuchen und über die Auseinandersetzungen in den anderen Fachbereichen zu berichten. Ziel dieser Vereinbarung war, den KollegInnen deutlich zu machen, dass die Angriffe auf die Beschäftigten in allen Branchen die gleichen Ziele verfolgen: Kostensenkung auf dem Rücken der KollegInnen durch Tarifflucht, Personalabbau oder Zerschlagung der Standorte. Und dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in diesen Auseinandersetzungen

gleich sind. Dass sie also gleiche Interessen als Angehörige einer Klasse haben.

Anforderungen an Kommunisten

Wenn wir als Gewerkschafter, Betriebs- oder Personalräte oder in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) arbeiten, dann sollten wir einen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Vertrauensleute-Arbeit legen. Aktive VL, die in funktionierenden Strukturen arbeiten, die sich regelmäßig – auch zu politischen Themen – austauschen, die ihre KollegInnen bei Auseinandersetzungen einbeziehen, die selbstbewusst gegenüber Betriebs- und Personalräten oder gegenüber dem Gewerkschaftsapparat auftreten und dort Unterstützung einfordern.

Sie sind der Ausgangspunkt für unseren Kampf um Klassenbewusstsein und Klassen-solidarität.

Dabei können folgende Schritte notwendig sein:

- **Aufbau oder die Reaktivierung von Vertrauensleute-Strukturen**
Die Organisation von VL-Wahlen, das Entwickeln einer geeigneten Struktur und Arbeitsweise (VL-Treffen, BR-Sprechstunden).
- **Bildungsangebote**
Diese können in unterschiedlichen Formen stattfinden. Ob Konferenzen oder Wochenendseminare sinnvoll sind, muss anhand der konkreten Gegebenheiten geprüft werden.

Das Ziel ist die Politisierung der VL-Arbeit. Vertrauensleute müssen die konkreten betrieblichen Konflikte politisch einordnen können. Sie müssen verstehen, dass diese Konflikte nur kollektiv und unter Einbeziehung der Betroffenen angegangen werden können. Sie müssen selbst einen Klassenstandpunkt entwickeln und bei ihren KollegInnen dafür werben.

- **Über den Tellerrand schauen**
Die Auseinandersetzungen in den verschiedenen Betrieben und Branchen müssen dazu genutzt werden, die Vertrauensleute und Beschäftigten zusammenzubringen. Gemeinsame (Warn-)Streikaktionen, gemeinsame (Bildungs-)Veranstaltungen zu betrieblichen, gewerkschaftlichen oder gesellschaftlichen Themen schaffen die Möglichkeit, gemeinsame Interessen zu erkennen und Formen gegenseitiger Solidarität zu entwickeln.

Die Genossinnen und Genossen, die in Betrieben und Gewerkschaften aktiv sind, müssen dabei von der Partei unterstützt werden. Die jeweilige betriebliche Situation muss regelmäßig Gegenstand der Mitgliederversammlungen oder von Arbeitstreffen der betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven auf Kreis- oder Bezirksebene sein. Als Partei können wir bei gewerkschaftlichen Bildungsangeboten oder bei VL-Konferenzen mit Referenten unterstützen.



SPENDENAUFTRUF

In den letzten Monaten sind bereits Überweisungen auf das T&P-Konto eingegangen. Wir bedanken uns insbesondere bei den Spendern mit monatlichem Dauerauftrag – eine ganz wichtige Grundlage für das Erscheinen von T&P. Noch sind es jedoch nicht genug. Wir sind weiter dringend auf Spenden angewiesen.

Für die Finanzierung der nächsten Nummern bitten wir erneut um solidarische Unterstützung durch

- eine Einmal-Spende oder noch besser
- einen Dauerauftrag (siehe Kontoverbindung).
- auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGSKGID5F

Kurt Baumann

AUFSTEHEN GEGEN WEN?

ANFORDERUNGEN AN DIE ANTIFASCHISTISCHE POLITIK DER DKP

Der Antifaschismus ist ein zentrales Aktionsfeld der kommunistischen Partei in Deutschland. Das hat seit 1945 mehrmals die Form, niemals aber den Inhalt gewechselt. In breiten politischen Bündnissen verteidigen die KommunistInnen aktiv die bürgerliche Demokratie. Damit bringen sie die Massenbasis der Monopole in Widerspruch zu ihren politischen Führern. In der Verbindung mit Betriebs- und Gewerkschaftspolitik können diese demokratischen Kämpfe auch Bestandteil der urkommunistischen Arbeit zur Formierung der Klasse sein. Die Massenpolitik wird gerade in Zeiten einer beginnenden Desintegration und des beginnenden Aufbaus einer antiparlamentarischen Massenbasis zur unbedingten Notwendigkeit. Bis vor kurzem bestand darin Einigkeit „auf der Linken“.

Es ist zweifellos richtig, nicht von jedem Antifaschisten ein Bekenntnis zum Klassenkampf abzufordern, aber Kommunisten muss es präsent sein. Wir müssen wissen, dass Antifaschismus Klassenkampf – unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus – eben antimonopolistischer Kampf ist. Die Monopole und ihr Staat sind der Gegner. Aktionseinheit, organisierte Solidarität, „Wer es ehrlich meint“, sind die Erkenntnisse, die in den aktiven Teilen der Arbeiterklasse reifen. Verankerung, Anerkennung, Solidarität ist der „Lohn“ der KommunistInnen aus diesen Kämpfen. In einigen Beiträgen – vor allem im Rahmen der Debatte um „Aufstehen gegen Rassismus“ – scheint diese Erkenntnis, aus denen aber (nur um einige zu nennen) Dimitroff, Ulbricht, Reimann, Carlebach, Angenforth, Schleifstein, Opitz unsere antifaschistische Politik entwickelten, wieder verloren gegangen zu sein. So begründet Heide Janicki in der UZ vom 6. Mai ihr Plädoyer für eine Teilnahme

an Aufstehen gegen Rassismus nur aus der Angst, sich zu isolieren und mit der Masse der anwesenden Menschen.

Welche Frontstellung einnehmen?

Besonders „Aufstehen gegen Rassismus“ hat nicht nur das Potenzial, sondern die Absicht nicht gegen die Monopole und die Herrschenden, sondern gegen die Arbeiter „aufzustehen“ [1]. Entgegen des aus unserer Geschichte bekannten Zweiklangs von Arbeiter- und demokratischer Politik stehen sich diese hier diametral gegenüber [2]. Allein die Forderung des gemeinsamen „Handelns – auch mit bürgerlichen Demokraten“ [3] hilft ohne Angabe der Richtung dieses Handelns dabei nicht weiter. Unsere Aufgabe wäre also, gegen die bestehenden Linien den richtigen Gegner zu benennen. Dazu müssen Aktionsformen, Forderungen, politische Formen gefunden werden, die den Kampf in die richtige Bahn lenken. Als Jürgen Lloyd in Berlin auf dieser Linie argumentierte, wurde ihm auf news.dkp.de entgegen gehalten, er würde damit gegen die bündnistheoretischen Grundsätze verstoßen. [4]

Um zu handeln, sollte man immer davon überzeugt sein, das Richtige zu tun. Zentrale Handlungsweisen der KommunistInnen: Diskussion, Organisation, Beobachtung der Realität, also Materialismus, Weltanschauung, demokratischer Zentralismus machen keinen Sinn, wenn man sie nicht für Möglichkeiten hält, die Welt verändernd zu erkennen. Postmoderne Beliebigkeit auch nur zu dulden [5] widerspricht kommunistischer Organisation. Konsequenterweise äußert sich auch Männe Grüß vom Sekretariat des PV in einem Leserbrief an die jW vom 25. April so, dass er über eine konsequente Antikriegshaltung den richtigen Gegner zu benennen

versucht. Christine Buchholz wehrt im Interview (jW vom 26. April) diese Haltung ab und rechtfertigt das mit der anzustrebenden Bündnisbreite.

Um niedrigschwelligere Aktionsformen – die wir oben beschrieben haben – davor zu schützen, integriert – also Bestandteil einer sozialliberalen Strategie – zu werden, die den Monopolen die Massenbasis sichert, anstelle sie ihnen abspenstig zu machen, müssen die KommunistInnen sich dieser Gefahr bewusst sein und von dieser Perspektive aus bestimmte Aktivitäten, Losungen, Aktionen usw. ablehnen und im Rahmen der Bündnistätigkeit auch bekämpfen. „Wenn der Inhalt dieser Aktion nur ist: ‚Deine Stimme gegen die AfD‘ – wie werden die Menschen die Aktion wahrnehmen? Als Unterstützung für Merkels Flüchtlingspolitik? Als Wahlwerbung für eine Rot-Rot-Grüne Koalition?“ [6]. Das Vorgehen von Christine Buchholz spricht dafür, dass das nicht nur die Wahrnehmung der Menschen, sondern politische Strategie eines Teils der Linkspartei ist. Passend zur Regierungsbeteiligung im imperialistischen Deutschland geht es – um SPD und Grüne dabei zu haben – nicht mehr um Krieg und soziale Frage. Allerdings ist nicht das Bedürfnis, die Mitglieder und Sympathisanten dieser Parteien in unseren Kampf zu integrieren falsch [7], das ergibt sich aus der Notwendigkeit der Gewinnung der Massenbasis der Monopole für ihre Interessen. Es ist falsch, dem herrschenden falschen Bewusstsein nachzugeben, anstatt den richtigen Konsens durch z. B. Kombinationen von Aktionseinheiten von oben und unten [8] durch inhaltliche Überzeugungsarbeit und die gemeinsame Aktion herzustellen.

Der PV beschloss auf seiner Sitzung im Juni, das „politische Anliegen“

der objektiv als rot-rot-grüne Sammlungsbewegung zu charakterisierenden Bewegung positiv zu werten. Das Engagement vieler Menschen gegen Rassismus hätte man durchaus so werten können. Es hätte dann auch mehr dazu gepasst, dass nun, wie das Anfang September auf der zentralen Großdemo in Berlin der Fall war, die Aktionseinheit von unten gewählt wurde. „Die DKP“, so Stefan Natke als Berichterstatter für die UZ, „ist nicht Teil des Bündnisses, trat aber mit einem eigenen Block bei der Demonstration auf“ [9]. So wird die Aktionseinheit hergestellt, ohne sich politisch zu kompromittieren, indem man falsche Ausgangsthese übernimmt. Bei diesem Bündnis genügt es eben nicht, Forderungen hinzuzufügen, wie es der PV-Beschluss tut. Denn der gesamte Aufbau des Bündnisses ist auf Experten geeicht, die der vermeintlich rassistischen Arbeiterklasse erklären wollen, was sie zu denken habe. „Die rote Linie zu ziehen“ heißt eben, Menschen auszuschließen, heißt einen Kampf gegen, und nicht um die Massenbasis zu führen [10]. Diese werden dann als Teil des „politischen Establishments“ wahrgenommen. [11]

Klassenbewusstsein oder Integration?

Dem entgegenzutreten, bedarf aber verschiedener Voraussetzungen. Zum einen müssen Integration und die damit verbundenen Fallen erkannt werden. Wer jede Zusammenkunft vieler Menschen beliebig für richtig und gut befindet, ignoriert, dass die Monopole auch politische Bewegung erzeugen oder auch entstandene Bewegungen instrumentalisieren können, sogar müssen um ihre Massenbasis zu erhalten. Es scheint, als würde diese Gefahr in der bisherigen Debatte nicht ernst genommen, obwohl doch bereits frühere Untersuchungen zu den beteiligten Gruppierungen, zur IL, zur Linkspartei, zu Teilen der VVN-BdA, besonders zu Antideutschen genau diese Richtung aufweisen [12]. Zum zweiten muss der Selbstanspruch der KommunistInnen, muss ihr Selbstbewusstsein ausreichen, um ihnen entgegenstehende Auffassungen als solche zu benennen. Gerade in der Fortsetzung der „Besinnung auf das K“, der Benennung des Leninismus, der verstärkten Betonung der eigenen ideologischen Herkunft z. B. über

die Begrifflichkeiten der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus hätte das nahe gelegen. Dieses Selbstbewusstsein heißt aber auch die Verantwortung für die Entwicklung der antifaschistischen Bewegung zu übernehmen. Dieser Verantwortungsläufes zuwider, einen letzten Endes opportunistischen „Wir sind auch dabei“-Ansatz zu wählen, und fälschlicherweise mit den Erfahrungen der Volksfrontpolitik zu argumentieren. Diese Politik war eine Taktik im Klassenkampf und eben keine sozialliberale Integration, denn sie war die grundlegende Erkenntnis, dass es einer demokratischen Politik bedarf, um Massen gegen die Monopole (oder ihren reaktionärsten Teil) in Bewegung zu setzen.

Demokratische Politik geht gegen die Monopole und nicht an der Seite der Antideutschen mit ihnen und gegen die Arbeiterklasse. In unserer Tradition gibt es dieses Beispiel der mit offenem Visier geübten, offenen und ehrlichen Kritik zuhauf. Als Beispiel sei hier Reinhard Opitz benannt, der seinem demokratischen Bündnispartner Gert Schäfer aus dessen falscher Faschismusanalyse heraus sogar die Nähe zur Totalitarismuskonzeption vorwarf, um ihn – den er eindeutig als Bündnispartner sah – für den gemeinsamen Kampf gewinnen zu können. [13]

Drittens bedarf es der organisatorischen Stärke, dieses zu verankern und handlungsorientierend an die Basis – wo ja die Bündnisarbeit vor Ort gepflegt wird – weiterzutragen. Dazu bedarf es der gemeinsamen Weltanschauung, des funktionierenden demokratischen Zentralismus, also der Einheit der Partei in der Aktion.

Diese Anforderungen sind hoch, aber sie sind an uns gestellt worden und werden an uns gestellt. Die DKP hat als einzige Partei links der SPD bewiesen, dass sie ein politikfähiges Angebot entwickeln kann, sie hat – zumindest bis 1990 – bewiesen dass sie die Erkenntnisse der KommunistInnen zum Zusammenhang zwischen demokratischem und sozialistischem Kampf, zum Zusammenhang zwischen Theorie und Organisation versteht und anwenden kann. An diese Linie gilt es anzuknüpfen. Nicht um sie nachzuspielen, sondern weil wir ohne geschichtlich erprobte Theorie, die man auch Tradition nennen kann, blind sind.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Medienberichten zufolge sollen auch „Stammtschkämpfer“ für Kontroversen mit potenziellen Wählern der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ausgebildet werden. Vgl. Antirassistische Aktionskonferenz, jW 4.4.2016.
- [2] Mit Bezug auf Dimitroff Gregor Thaler: Auch Aufklärung ist nötig, UZ 27.5.2016.
- [3] So Nina Hager: Breitestmögliche Bündnisse? Aufstehen gegen Rassismus, jW 13.5.2016.
- [4] Siehe <http://kurzlink.de/komm.buendnispolitik> und <http://kurzlink.de/replik-sander>
- [5] Als Beispiel für diese Beliebigkeit: Christine Buchholz: Mit Argumenten ausrüsten. Aktionskonferenz: Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ will der AfD entgegenzutreten, jW 19.4.2016
- [6] Olaf Matthes: Zu kleiner gemeinsamer Nenner, in: UZ 29.4.2016.
- [7] Es gibt auch diese, als linksradikal zu charakterisierende Kritik, sie referiert Markus Bernhard: „Überfällig“ bis „hinderlich“. Zu breit für Klartext? Linke Meinungen über das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ gehen weit auseinander, jW 7.5.2016.
- [8] Hin und wieder wird auch die Ansicht vertreten, man könne nur innerhalb eines Bündnisses wirken. Warum Aktionseinheiten von unten und von außerhalb des Bündnisses nicht möglich sein sollten, wird nicht erklärt. Siehe als Beispiel: Marianne und Günther Wilke: Alarmierender Rechtsruck in Europa fordert Gegenwehr, UZ 27.5.2016.
- [9] Stefan Natke: Gegen Krieg und Faschismus, in: UZ 9.9.2016
- [10] Andere, in dieselbe Richtung gehende Äußerungen von Vertretern und Teilnehmern des Bündnisses, siehe in Olaf Matthes: Ein sehr sehr breites Bündnis, UZ 29.4.2016.
- [11] Paul Rodermund: Nutzt die beschlossene Orientierung im Kampf gegen die AfD?, UZ 27.5.2016.
- [12] Siehe den Sammelband Susann Witt-Stahl/Michael Sommer: „Antifa heißt Luftangriff“. Regression einer revolutionären Bewegung, Hamburg 2014, besonders den Beitrag von Jürgen Lloyd.
- [13] Reinhard Opitz: Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.): Texte zur Faschismuskonzeption, Band I, Positionen und Konsequenzen, Reinbek 1974, S. 219–240



DER ROTE FADEN

Vorbemerkung der Redaktion: Regelmäßig wollen wir in dieser Reihe die Entwicklung der DKP reflektierend begleiten. Im letzten Heft gab es dazu einen Beitrag von Klaus Mausner über die Entwicklung der DKP Baden-Württemberg. Mit einem Erfahrungsbericht über den Kommunalwahlkampf der DKP in Hannover setzen wir diese Reihe hier fort.

Björn Schmidt

IM WAHLKAMPF GESTÄRKT: DKP/OFFENE LISTE HANNOVER

Als die DKP Hannover im Frühjahr 2015 auf einer Kreismitgliederversammlung über ihre Rolle im bevorstehenden Kommunalwahlkampf 2016 beriet, war unstrittig: Die politischen Verhältnisse in der Stadt machten eine linke Wahlkandidatur notwendig. Mietenwahnsinn, massenhafte Armut und eine an den Interessen des Kapitals ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik waren die Markenzeichen der SPD/Grünen-Ratskoalition und des SPD-Oberbürgermeisters.

Die DKP hatte in Hannover in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit einer Bündniskandidatur im Rahmen des „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit“ gesammelt, welches aber in alter Form nicht mehr existierte. Daher stellte sich die Frage nach einem neuen Wahlbündnis. Im Herbst 2015 lud ein kleiner Kreis von Engagierten aus Bürgerinitiativen und Gewerkschaften zu einem Treffen ein, um die Idee eines Wahlbündnisses zur Diskussion zu stellen. Obleich schnell Einigkeit in der Einschätzung bestand, dass vor allem die Auseinandersetzungen um steigende Mieten bzw. fehlenden Wohnraum sowie die Bebauung des zentralen Steintorplatzes den Wahlkampf prägen werden, kam ein Bündnis nicht zu Stande. Vor allem die deutliche Absage der Partei „Die Linke“ ließ bei manchem die Hoffnung auf ein erfolgreiches Abschneiden schwinden.

Die DKP entschloss sich zur Kandidatur unter dem Namen „DKP/Offene Liste“. Das hieß: Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten, Entwicklung eines Wahlprogramms, Sammlung von 700 Unterstützungsunterschriften und

das Stemmen eines wahrnehmbaren Straßenwahlkampfes.

Die Stadt den Menschen, nicht dem Profit!

Das Wahlprogramm sollte unter dem Motto „Die Stadt den Menschen, nicht dem Profit!“ die zentralen Forderungen der DKP für Hannover u. a. zur Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, zum Kampf gegen die erstarkenden Rechtskräfte, zur Beendigung der Unterfinanzierung der Kommunen, zum Stopp der beabsichtigten Bebauung des Steintorplatzes entwickeln. Herzstück wurde – dank der monatelangen Vorarbeit des kommunalpolitischen Arbeitskreises – ein längerer Abschnitt zur Mieten- und Wohnungspolitik. Der ausschließlich an den Interessen der Investoren ausgerichteten Wohnungspolitik der Stadt, die mit dem Instrument der Förderöpfe vor allem das Immobilien- und Baukapital und nicht die Mieter versorgt, setzte das Programm entgegen: Öffentlich bauen, statt Private fördern! Das bedeute den Bau tausender neuer Wohnungen in städtischem Besitz mit garantierten günstigen Mieten. Diese Forderung steht auch im Kontrast zur linkssozialdemokratischen Forderung nach einer höheren (z. B. 25 oder 30 %) Sozialwohnungsquote bei bestimmten Neubauprojekten, wie sie von der PdL aufgestellt wird.

Um das erklärte Ziel zu erreichen, in allen 14 Wahlbereichen für den Rat der Stadt zu kandidieren, mussten dort jeweils 30 bestätigte Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Hinzu kamen Kandidaturen zu drei Stadtbezirksräten. Monatelang gingen

die Genossinnen und Genossen des Parteiaktivs zum Unterschriftensammeln in die Stadtteile, zu Veranstaltungen, zu Freunden, Nachbarn und Kollegen. Sie lernten, die Menschen anzusprechen, ihre Stimmungslage und die Meinungen der Menschen kennen und bekamen positives Feedback, insbesondere wenn es um die Wohnungspolitik der DKP ging.

Nach erfolgreicher amtlicher Anmeldung der Kandidatur startete der eigentliche Wahlkampf. 1800 Plakatschilder mit drei verschiedenen Slogans wurden aufgehängt; schwerpunktmäßig in den Stadtbezirken Linden-Limmer und Herrenhausen-Stöcken.

Spätestens jetzt, in der heißen Phase des Wahlkampfes, wurde deutlich, dass nahezu alle etablierten Parteien sich dem wachsenden Druck aus der Bevölkerung nicht entziehen konnten und zumindest scheinbare Lösungen für das Problem der steigenden Mieten anbieten mussten. Parteien wie SPD und Grüne, seit Jahren auf allen politischen Ebenen, auch örtlich, für die schlechte Miet- und Wohnungssituation mitverantwortlich, stellten sich als Interessensvertreter der Mieterinnen und Mieter dar. Die DKP hatte also das richtige Thema angefasst. Ein Thema, das von der bürgerlichen Presse bereits frühzeitig als sozialer Sprengstoff erkannt worden war. Oft wurde nun die Frage gestellt: „Alle versprechen mehr Wohnraum und günstigere Mieten. Was unterscheidet euch von den anderen?“ Das Plakat „Bezahlbarer Wohnraum für alle!“ wurde präzisiert: „Öffentlich bauen statt Finanzinvestoren fördern!“

Eine Wahlkampfzeitung mit allen 14 Kandidatinnen und Kandidaten wurde in einer 15.000er Auflage produziert und in Stadtteilen, an Infoständen, bei Veranstaltungen und Straßenfesten verteilt.

Das Wahlergebnis (0,3 % bei der Ratswahl; keine Mandate) war keine Überraschung, wenngleich Hoffnungen auf ein Mandat in einem Stadtbezirksrat begründet waren. Immerhin wurde die Schwerpunktsetzung belohnt: 1,5 % bei der Stadtbezirksratswahl in Linden-Limmer, 1,1 % in Herrenhausen-Stöcken.

Auswertung

Als Fazit zog die Kreismitgliederversammlung nach der Wahl, dass sich die Wahlkampagne gelohnt hat und ein politischer Erfolg war. Der Bekanntheitsgrad der DKP als konsequenter Oppositionspartei der „kleinen Leute“ konnte gesteigert werden. Ebenso der einzelner Kandidatinnen und Kandidaten. Das Parteiaktiv konnte vergrößert werden, ein Sympathisanten- und Helferkreis entstand, neue Mitglieder wurden gewonnen. Deutlich wurde aber auch: Die Gründung und Etablierung von Wahlbündnissen bleibt zumindest

im kommunalen Bereich eine anzustrebende wahltaktische Option. Die mögliche Ausstrahlungskraft und damit die Erfolgchancen solcher Bündnisse sind höher als bei einer DKP-Eigenkandidatur. Das schmälert nicht deren Wert, schließlich ist es auch eine Notwendigkeit, die „Marke“ DKP zu verankern, eigene Stärke zu entwickeln, um künftige Bündnisse überhaupt möglich zu machen.



VORANKÜNDIGUNG

KONFERENZ UND FEIER ANLÄSSLICH DES 90. GEBURTSTAGS VON HANS HEINZ HOLZ AM 25.2.2017

Die Schriften des Philosophen, Kunstkritikers und Politikers Hans Heinz Holz haben die raue See des Widerspruchs nie gescheut. Ein Begriff kann hin und her, vom Kopf auf die Füße gewendet werden, doch nur aus konträren Blickwinkeln kann sein Potential gefasst werden. Am 25. Februar 2017 soll hieran angeknüpft werden. Zentrale Begriffe des Holzschens Denkens werden in moderierten Streitgesprächen geprüft, gewendet und kontrovers diskutiert.

Veranstalter:

Fondazione centro di studi filosofici,
S. Abbondio (Schweiz)

Gesellschaft für dialektische Philosophie,
Salzburg

DKP-Parteivorstand, Essen

Wo?

Urania Berlin
An der Urania 17
10787 Berlin

10.00 | Eröffnung

Moderation: Prof. Alfred J. Noll

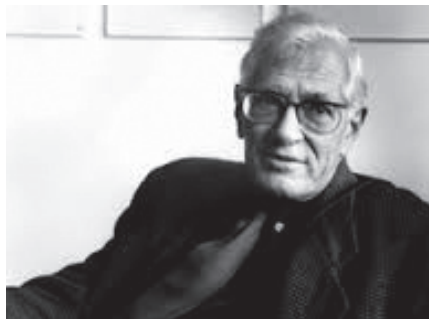


Foto: ©Ursula Wenzel

10.15–11.30 | Der Logos des Spiegels:
Bietet die Widerspiegelungstheorie
eine weltspiegelnde Logik?

Prof. Hans-Joachim Petsche und
Andreas Hüllinghorst, Mag.,

Moderation: Prof. Richard Sorg

11.45–13.00 | Die Metaphysik als
Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs:
Kann die Welt gedacht werden?

Jan Loheit, M.A. und
Martin Küpper, B.A.,

Moderation: Prof. Renate Wahsner

14.00–15.15 | Der Realismus der
Kunst: Was zeigen die bildenden
Künste?

Hans Jörg Glattfelder und
Prof. Jörg Zimmer

15.30–17.15 | Die Verwirklichung der
Philosophie: Wie kann eine kommunistische
Partei Schmelzpunkt der
Theorie und Praxis werden?

Patrik Köbele, Gazi Ates und
ein Vertreter der PdA Österreich;

Moderation: Jürgen Lloyd

Ab 18.30 wird der 90. Geburtstag
von Hans Heinz Holz gefeiert. Neben
einem musikalischen Rahmenprogramm
von Quijote reden internationale
Wegbegleiter von Hans Heinz
Holz:

Isabel Monal (Kuba),
Gazi Ates (Türkei) und
Prof. Domenico Losurdo
(Italien, angefragt).

Außerdem wird über die Rezeption
und Aktivitäten nach Holz' Tod von
Kristin Bönicke berichtet.

INHALT

Johannes Magel
Editorial 1

Aktuell

Johannes Magel
So oder so
Wie weiter im Richtungsstreit der DKP? 2

Dokumentation

Initiativantrag des Parteivorstandes
„Analysieren, diskutieren, entscheiden –
gemeinsam Beschlüsse umsetzen“ 3

Jürgen Lloyd u. a.
Ergänzender Initiativantrag 5

„Äquidistanz“ im Syrienkrieg? 6

Aktuelle Fragen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Rainer Perschewski
Digitalisierung der Arbeitswelt –
Zukunftsvision oder konkrete Herausforderung? 8

Heide Humburg
„Spaltpilze“ in unserer Klasse 10

Bernd Blümmel
Betriebliche Interessenvertretung – Ordnungsmacht
oder Organisator des Widerstands? 13

Debatte

Kurt Baumann
Aufstehen gegen wen? Anforderungen
an die antifaschistische Politik der DKP 16

Der rote Faden

Björn Schmidt
Im Wahlkampf gestärkt:
DKP/Offene Liste Hannover 18

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik
V. i. S. d. P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Johannes Magel, Scharnhorststraße 18,
30175 Hannover, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.
T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht
möglich. Sie können überwiesen werden auf folgen-
des Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Ab-
onnenen gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder
besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine
Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion
unter der obigen Adresse oder per E-Mail an **TundP-
Box@web.de** zu richten sind, wird um die Angabe der
vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift un-
ter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.
Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise
ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der
Redaktion müssen nicht übereinstimmen.
Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch
beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer
veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.